Beiträge und Dokumente zur Diskussion:

Der Aufstieg des Rechtspopulismus
Kampf gegen rechts – aber wie?
Die politische Rechte in der Weimarer Republik
und die Analysen der KPD-Opposition

Rechtspopulismus heute und in der Weimarer Republik.

Droht ein neuer Faschismus?

Eisenach, April 2018: IG Metall-Kolleginnen und Kollegen drängen Björn Höcke und sein AfD-Häufchen aus der Demonstration der Opelaner.

Juli 2020 · 3,– Euro
Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

Inhalt

Vorbemerkung 3

Der Aufstieg des Rechtspopulismus 6

Kampf gegen rechts – aber wie? 9

Analysen der KPD-Opposition in der Weimarer Republik 12

Clara Zetkin, der Kampf gegen den Faschismus 12

Dokumentation 15

Was versteht man unter Faschismus? 16
August Thalheimer in »Junge Kämpfer«, Organ des Kommunistischen Jugendverbandes Opposition, Juni 1929

Über den Faschismus 17
August Thalheimer am 11., 18. und 25. Januar 1930
(Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 2,3 und 4)

Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft 20
August Thalheimer am 9. März 1929
(Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 10)

Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution 23
August Thalheimer am 20.September 1930
(Gegen den Strom, 3.Jg., Nr.38)

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? 26
August Thalheimer, 1932

Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich 30
Aus: Internationaler Klassenkampf, April 1936

Impressum

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. · Postbank Hamburg · BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05
Zuschriften an: GFSA e.V. · Postfach 106426 · 20043 Hamburg
e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: https://arbeiterpolitik.de

Demonstration am 22. Februar 2020 in Hanau Foto: Rainer Kunze/Fototeam Hessen e.V.

Vorbemerkung

Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien hat es in der Nachkriegsgeschichte der BRD immer wieder gegeben. So gelang es Ende der 60er Jahre der NPD in immerhin sieben Landesparlamente einzuziehen, allerdings nur für eine Legislaturperiode. Ende der 80er Jahre sorgte der Aufstieg der »Republikaner«, einer rechtskonservativen Abspaltung der CSU, für Schlagzeilen. Das veranlasste Franz-Josef Strauß damals, im August 1987, zu der Aussage, dass es rechts von CDU und CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe. Die Republikaner konnten sich bekanntlich nicht etablieren. Ebenso kurzlebig blieb der Erfolg der »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (Schill-Partei). Sie zog 2001 überraschend mit über 19% in die Hamburger Bürgerschaft ein und löste zusammen mit CDU und FDP die rot-grüne Koalition ab, verschwand danach allerdings in der Bedeutungslosigkeit. Den etablierten Parteien war es immer wieder gelungen, Anhänger- und Wählerschaft der rechtspopulistischen Protestparteien zurückzugewinnen und die rechte Konkurrenz aus den Parlamenten zu drängen. Die Union blieb politische Heimat für ein breites, rechtes Spektrum – von Nationalliberalen und Wertkonservativen bis hin zu Reaktionären und Rechtsextremen. Dies hat sich nun mit dem Aufstieg der AfD offensichtlich geändert.

Der Aufstieg des Rechtpopulismus ist Folge und zugleich Begleiterscheinung der Veränderung der traditionellen Parteienlandschaft. Die traditionellen Parteien als Vollstrecker der Deregulierung von Arbeitsmärkten und Arbeitsverhältnissen, von Sparhaushalten im Rahmen der EU wurden abgestraft. Während dessen wuchsen die Anhängerschaft und der Zuspruch für den Rechtspopulismus. Der Aufstieg der Rechtspopulisten in Westeuropa begann als hilfloser, von kleinbürgerlichem Denken beherrschter Protest gegen die EU und ihre Brüsseler Bürokratie. Darin liegt auch eine Funktion des Rechtspopulismus. Er verschafft dem weit verbreiteten Unmut über die sozialen Verhältnisse ein Ventil, indem er ihn in parlamentarische Bahnen lenkt, die den Interessen des Kapitals nicht gefährlich werden können.

Die Geschichte der AfD und die Radikalisierung des rechten Populismus

Initiiert und gegründet wurde die AfD von national- und rechtsliberalen Professoren und Akademikern vor allem aus Westdeutschland, die in den Maßnahmen der EZB zur Stützung des Euro und in den »Rettungspaketen« für Griechenland die Preisgabe nationaler Souveränität zugunsten einer politisch immer stärker zentralisierten EU sahen. Durch die Erfolge auf parlamentarischer Ebene wurde die AfD zu einem Sammelbecken von Kräften, welche die Gründungsfiguren wie Bernd Lucke oder Olaf Henkel an den Rand und später aus der Partei drängten. Eine Entwicklung, die beide weder gewünscht noch vorhergesehen hatten, die sie aber auch nicht stoppen konnten. Die AfD hat sich mit Zunahme der rassistischen Stimmung in Teilen der Bevölkerung, wie sie in den Pegida-Demonstrationen zum Ausdruck kam, kontinuierlich weiter nach rechtsaußen bewegt. In ihr sammelten sich nicht nur unzufriedene CDU-Mitglieder, die in Merkels Kurs eine Sozialdemokratisierung der Union und eine Preisgabe konservativer Werte

sahen. Die AfD wurde zugleich zu einem Sammelbecken von Leuten, deren politische Sozialisation durch die NPD oder andere neonazistische Organisationen geprägt ist, von Anhängern der »Pegida-Bewegung«, der »Reichsbürger« oder der »Identitären«. Ihnen bietet die AfD einen größeren Resonanzboden, verbunden mit den Vorteilen der parlamentarischen Vertretung in den Ländern und im Bund. Obwohl der völkisch-nationalistische Flügel um Höcke offiziell aufgelöst ist, sind seine Positionen in der Partei so stark vertreten, dass es kaum gelingen kann, diese Strömung zu isolieren oder aus der Partei zu treiben. Er dürfte um die 40% der Mitgliedschaft repräsentieren, mit Schwerpunkt in den östlichen Bundesländern, wo die Partei ihre größten Wahlerfolge feiern konnte.

Rassistische Demonstrationen, Übergriffe und Mordserien

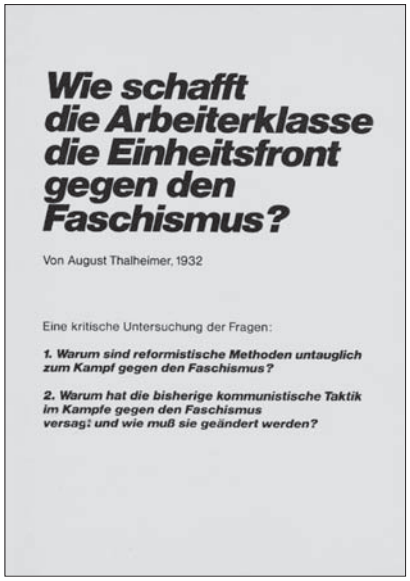
Wie schon gesagt, die parlamentarischen Wahlerfolge der AfD und ihre Radikalisierung sind ein Abbild der Zunahme rassistischer Stimmungen in Teilen der Bevölkerung. Die in vielen Medien gefeierte »Willkommenskultur« von 2015 wurde schon bald abgelöst durch die wachsende Teilnahme an rassistischen Aktivitäten, wie den Pegida-Demos in Dresden und anderen Städten. Mit den Parolen »Wir sind das Volk« und »Merkel muss weg« verliehen die Teilnehmer*innen ihrem Unmut und ihren fremdenfeindlichen Überzeugungen Ausdruck. Der heutige Innenminister Seehofer (CSU) machte sich zeitweise zum Sprachrohr dieser Stimmungen innerhalb der Union und der großen Koalition und brachte diese an den Rand des Auseinanderbrechens. Begründung: Die Union dürfe mit der AfD nicht zugleich deren Wähler ausgrenzen. Der Konfrontationskurs gegenüber Merkel wurde von der CSU inzwischen korrigiert – aus taktischen Überlegungen, nicht aus politischer

Foto: Manfred Semmler/Fototeam Hessen e.V.

Überzeugung, wie die Vorgänge im Thüringer Landtag zur Wahl des Ministerpräsidenten offenlegten. Der Hauptfeind für Konservative und Liberale steht immer noch links, wie angepasst und gemäßigt sich die Vertreter der Linkspartei auch geben mögen. Die unionsinternen Befürworter einer Zusammenarbeit mit der AfD sind leiser geworden, aber nicht verschwunden; sie wollen sich für die Zukunft alle Optionen offenhalten. Deshalb auch die nur verhaltene Kritik am Ministerpräsident Orban, dessen rechtsradikale FIDESZ-Partei nicht aus der Fraktion der Konservativen im EU-Parlament ausgeschlossen, sondern nur vorübergehend suspendiert wurde.

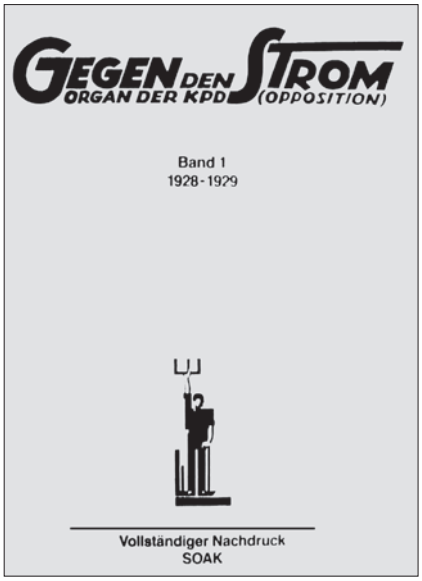
Analysen und Berichte der KPD-O
von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973

296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



Von August Thalheimer, 1832
Nachdruck Gruppe Arbeiterpolitik

36 Seiten A5 | 2,00 EUR



Vollständiger Nachdruck mit Dokumenten zur Herausbildung der Opposition innerhalb der KPD. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth. 2.570 Seiten in drei Bänden. Leineneinband, Fadenheftung | 103,00 EUR

Der Mord an dem hessischen Regierungspräsidenten Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle und die Morde in Hanau bilden den vorläufigen Höhepunkt einer Terrorwelle, verübt durch neonazistische Zusammenhänge und/oder Mitläufer, die sich durch das rassistische Klima motiviert fühlten. Die Täter sind zwar nicht Bestandteil der AfD-Parteistrukturen, wie es beispielsweise die SA für die NSDAP war. Dennoch gibt es viele politische Überschneidungen und auch personelle Verbindungen zwischen den zahlreichen neofaschistischen Gruppierungen und Teilen der AfD.

Stille und offene Kumpanei: Verfassungsschutz, Polizei, Justiz und Neonazis

Stellvertretend für den staatlichen Umgang mit rechtsterroristischen Gruppierungen seien hier die Untersuchungen und der Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) genannt. Zunächst ermittelte die Polizei nur im behaupteten »familiären und kriminellen Umfeld" der Opfer. Hinweisen zu rassistischen Motiven wurde nicht nachgegangen. Obwohl es jedem Beobachter klar sein musste, dass drei Personen allein nicht über zehn Jahre ohne organisatorische und logistische Unterstützung vor Ort mordend durch die Republik ziehen können, blieben das Umfeld und die dort tätigen V-Leute des Verfassungsschutzes bei den Ermittlungen und auch im Prozess weitgehend ausgeblendet.

Auch den zahlreichen Hinweisen auf Netzwerke bei den Sondereinsatzkräften von Polizei und Bundeswehr, wie z.B. »Uniter«, wird von den Ermittlungsbehörden, vom Innen- und Verteidigungsministerium, nicht wirklich nachgegangen. Neonazistische Umtriebe werden als Einzelfälle dargestellt und abgehandelt. So weckt der Umgang von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz mit neonazistischen Gruppierungen Erinnerungen an das Ende der Weimarer Republik.

Zu dieser Sondernummer

Bei einer Auseinandersetzung mit der Rechtsentwicklung im heutigen Deutschland ist ein Blick auf den Sieg des Faschismus in der Weimarer Republik hilfreich. Aber lassen sich nach neun Jahrzehnten die damaligen mit den heutigen Ereignissen überhaupt vergleichen? Wo gibt es Parallelen und ähnliche Entwicklungen, worin bestehen die Unterschiede? Wir wollen mit dieser Sonderausgabe der »Arbeiterpolitik« diesen Fragen nachgehen. Nach einer ausführlichen Darstellung des aktuellen Rechtspopulismus gehen wir deshalb auch auf die Auseinandersetzungen ein, die es um diese Frage damals in der Arbeiterbewegung gab. Wir werden uns mit der Entstehung der KPD-Opposition und deren Faschismusanalysen beschäftigen. Im Anhang findet sich eine Auswahl historischer Texte aus der Zeit des Niedergangs der Weimarer Republik. Sie veranschaulichen, wie sich die Selbstdemontage der parlamentarischen Demokratie vollzog, die schließlich zur Übergabe der Regierungsverantwortung an die NSDAP führte. Sie untersuchen und kritisieren die Grundlagen der Politik von Gewerkschaften und Arbeiterparteien, deren Fehleinschätzungen und Selbsttäuschungen den Aufstieg des Faschismus begünstigten und so zur Niederlage der Arbeiterbewegung beitrugen. Aktuelle Fragen können sie naturgemäß nicht beantworten. Aber sie zeigen, auf welcher Grundlage und mit welcher Methode die Genoss*innen vor 90 Jahren die Entwicklung zum Faschismus untersuchten. Wir hoffen, damit einen Beitrag leisten zu können für eine intensivere Diskussion über Rechtspopulismus und Faschismus heute.

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert aus Sicht der KPD-O. Erinnerungen von Paul Elflein, herausgegeben von Rolf Becker und Claus Bremer.
VSA | 140 Seiten | 6,00 EUR

Werner Hohmann: "Heinrich Vogeler in der Sowjetunion 1931-1942"
Galerie Verlag Fischerhude

Taschenbuch | 168 Seiten | 8,00 EUR

Bombenkrieg und Klassenkampf
Zun Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Sonderheft der Gruppe Arbeiterpolitik
Dez. 2008 | 24 Seiten A4 | 2,00 EUR

Der Aufstieg des Rechtspopulismus

Seit Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts ist in Westeuropa, aber mittlerweile auch darüber hinaus der Aufstieg rechter, rassistischer und nationalistischer Parteien zu beobachten. Damit einher geht der schleichende, manchmal aber auch rasante Verfall des traditionellen Parteiensystems. Silvio Berlusconi war 1994 der erste seiner Art, der gemeinsam mit der Lega Nord eine Regierung bilden konnte. Die FPÖ in Österreich, flämische Separatisten in Belgien, der Front National in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Teile des Brexit-Lagers in GB und nicht zuletzt die deutsche AfD sind ebenfalls Ausdruck dieser Entwicklung.

Im Folgenden wird zur Charakterisierung dieser Parteien und Bewegungen der Begriff »rechtspopulistisch« verwandt. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass deren Programmatik eine vorläufige ist und immer aktuellen Stimmungen angepasst werden kann. Wie faschistische Parteien sprechen sie auch soziale Schichten an, für die die kapitalistische Krisenlösung sozialer Abstieg bedeutet und die von traditionellen Rechtsparteien nicht erreicht werden. Allerdings gibt es auch wesentliche Unterschiede zum Faschismus (siehe unten).

Rechte Parteien sind auch in nord- und osteuropäischen Ländern sehr stark und dauerhaft in Regierungen vertreten. Insbesondere die osteuropäischen Länder haben jedoch eine andere Geschichte und in der nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten dort entstandenen Parteienlandschaft verlaufen die Frontlinien anders als in West- und Mitteleuropa. Länder wie Ungarn, Polen oder Tschechien werden daher hier nicht mit betrachtet.

Die Ideologie des Rechtspopulismus

Unter Linken gibt es Diskussionen darum, wie diese Strömungen politisch einzuschätzen sind, wie ihr Aufstieg zu erklären ist und wie deren Vormarsch gestoppt werden kann. So bezeichnet z.B. Gerhard Feldbauer, der für die Zeitung »junge Welt« über Italien berichtet, sowohl Berlusconi, die Lega (Nord) als auch kleinere rechte Parteien umstandslos als »faschistisch«. Für andere handelt es sich dabei eher um normale, bürgerlich-parlamentarische Parteien, die nur eine rechtere Ideologie vertreten. Die Klassifizierung als Protestparteien ist ebenfalls weit verbreitet. Die rechtspopulistischen Strömungen haben unterschiedliche Wurzeln und Traditionen und auch in aktuellen Fragen sind sie sich keineswegs immer einig. Doch gibt es eine Reihe von Merkmalen, die sie verbinden und ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten (z.B. Wahlkampf zu den Wahlen des EU-Parlaments) ein gemeinsames Auftreten ermöglichen:

- Sie erklären sich zum Sprachrohr der »Volksmassen« gegen »die Eliten«, worunter vor allem etablierte Politiker*innen und hohe Beamte verstanden werden. Diese seien unfähig, dächten nur an ihren eigenen Vorteil und verkauften das Land an ausländische Mächte.
- Sie wollen »Partikularinteressen« zurückzudrängen, etwa durch die Beschneidung des Einflusses von Medien, Gewerkschaften und der Interessenvertretungen von Minderheiten.
- Sie tragen ihre Positionen mit ungewohnter Aggressivität vor und sorgen mit provokanten Grenzüberschreitungen für eine starke Polarisierung auch innerhalb des bürgerlichen Lagers.
- Dabei können sie anknüpfen an weit verbreitete Ressentiments gegen Fremde, Arbeitslose und Minderheiten (vor allem Moslems). Besonders gegen Flüchtlinge und andere Migrant*innen wird eine rassistische Hetze verbreitet.
- Sie besetzen Themen, die konservative Parteien aufgegeben haben oder nicht mehr in der gewünschten Konsequenz verfolgen. Sie wenden sich gegen »links-grün versiffte« 68er, propagieren eine harte Law- und Order-Politik, kritisieren den Feminismus und leugnen den Klimawandel.
- Sie sind sich einig in der Kritik an Euro und EU, wenn die Motive dafür und die daraus gezogenen Konsequenzen auch unterschiedlich sind. Kritisieren die rechten Parteien in Südeuropa die von der EU durchgesetzte restriktive Haushaltspolitik, so fürchten die Parteien im Norden, für die Schulden des Südens aufkommen zu müssen. Angestrebt wird eine größere Souveränität der einzelnen EU-Staaten bei Wirtschaftspolitik und Haushaltsplanung.

Ursprung und Entwicklung des Rechtspopulismus

Die Anfänge populistischer Vereinigungen waren fast immer mit einem radikalen, wirtschaftsliberalen Programm verbunden. So brüstete sich Berlusconi 1994 beim Regierungsantritt damit, dass er in der Wirtschaftspolitik Margret Thatchers im Großbritannien der 80er Jahre ein Modell für seine Politik sehe. Nach dem Niedergang des sozialistischen Lagers sahen er und vergleichbare Politiker in anderen Nationen die Möglichkeit, in den kapitalistischen Ländern mit den Errungenschaften der Arbeiterbewegung aufzuräumen. Sie entwarfen ein Programm, das vor allem kleine Selbstständige und den Mittelstand ansprach. Linke Parteien waren der Hauptgegner; sie wurden als kommunistisch bezeichnet, auch wenn sie noch so gemäßigt waren.

Etwa ab Mitte der 80er Jahre vollzog sich ein schleichender Prozess der Ablösung größerer Teile der Arbeiterschaft von den traditionellen Arbeiterparteien. Sozialdemokratische und auch kommunistische Parteien (vor allem in Italien und Frankreich) orientierten sich immer stärker an der »Mitte« der Gesellschaft. Sie vernachlässigten die Interessen großer Teile ihrer Basis und beteiligten sich sogar an Gesetzen, die die Lage der Lohnabhängigen verschlechterten. Die Führungsspitzen der Parteien und auch der Gewerkschaften wurden mehr und mehr von Menschen mit akademischem Hintergrund eingenommen, die zu den Arbeitenden in den Betrieben keinen Bezug haben.

Das Kapital reagierte auf die Krise der 80er Jahre mit neuen Produktionsmethoden, die mehr Flexibilität ermöglichten und zu einer Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse führten. Den relativ stabilen Verhältnissen bei den Stammbelegschaften vor allem in Großbetrieben stehen die prekären Zustände in ausgelagerten Betrieben gegenüber, in denen oft keine Tarifverträge bestehen oder wesentlich schlechtere. Politisch flankiert wird diese Entwicklung durch die Ausdehnung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen.

Die Industrialisierung in bislang eher peripheren Ländern ermöglichte die Auslagerung von Teilen der Produktion in Länder mit niedrigeren Löhnen. Diese Entwicklung wurde durch den Niedergang des sozialistischen Lagers beschleunigt. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz bestand für die Herrschenden keine Notwendigkeit mehr zu weit-

Demonstration am 22. Februar 2020 in Hanau Foto: Rainer Kunze/Fototeam Hessen e.V.

gehenden Zugeständnissen an die Arbeiterschaft. Durch die Einbeziehung Osteuropas in den kapitalistischen Weltmarkt schwanden die Voraussetzungen für den bis dahin gültigen Klassenkompromiss endgültig: Sozialer Frieden durch formale Einbindung der Gewerkschaften und soziale Reformen, die das Leben der Arbeiterklasse verbessern konnten. Die Arbeiterbewegung verlor in den Betrieben an Kampfkraft und die Arbeiterparteien konnten von ihren Versprechungen immer weniger durchsetzen, ja trugen selbst dazu bei, soziale Errungenschaften zu schleifen. Die Folge war eine zunehmende Entfremdung der Arbeiterbasis von »ihren« Parteien, anfangs vor allem durch Wahlabstinenz und Parteiaustritte.

Immer mehr Lohnabhängige fühlten sich jedoch auch durch die Rhetorik der Rechtspopulisten gegen die »Eliten« und gegen die abgehobene Politikerkaste angesprochen. Umgekehrt griffen die Rechten zunehmend Probleme der Arbeiterschaft auf. Die ursprünglichen wirtschaftsliberalen Programmpunkte wurden aber nicht entschärft, sondern einfach durch soziale Forderungen ergänzt, besonders ausgeprägt dort, wo es starken Widerstand gegen Sozialabbau gibt. Ergebnis sind in der Sozial- und Wirtschaftspolitik äußerst widersprüchliche Programme. So werden die »Globalisierung« und ein »Räuberkapitalismus« angegriffen und es werden z.B. Verbesserungen bei den Renten gefordert. Gleichzeitig wird jedoch auch die »Flat Tax« (einheitlicher Steuersatz unabhängig von der Höhe des Einkommens) gelobt und die Förderung des Mittelstandes befürwortet. In Zeiten zugespitzter sozialer Kämpfe ist es den betreffenden Parteien somit kaum möglich eindeutig Stellung zu beziehen. Doch gelingt es bislang meist, diese Widersprüche durch Polemik, Hetze gegen Eingewanderte und sozialdemagogische Rhetorik zu überbrücken. So können rechtspopulistische Parteien auch in ehemaligen »roten Hochburgen« Wechselwähler*innen von den traditionellen Arbeiterparteien gewinnen.

Rechtspopulismus an der Regierung

In mehreren Ländern waren rechtspopulistische Parteien zeitweilig an Regierungen beteiligt oder tolerierten diese (Österreich, Schweiz, Dänemark). In Italien bildete eine Koalition rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien mit Unterbrechungen viele Jahre alleine die Regierung. Sie nutzten ihre Möglichkeiten als Regierungsparteien, um politische Gegner effektiver zu diffamieren und gegen Minderheiten zu hetzen. Sie beschlossen Gesetze, die die Rechte von Flüchtlingen drastisch beschränkten. Die Befugnisse der Polizei wurden ausgeweitet. Rechte Regierungen versuchten immer wieder, die Rechte der parlamentarischen Opposition einzuschränken und geltende Regeln des Politbetriebs lächerlich zu machen. So regierte Berlusconi hauptsächlich mit Hilfe von Ausnahmegesetzen, die im Parlament nicht beraten werden und deren endgültiger Wortlaut von der Regierung bestimmt wird. Als Frauenministerin berief er einen ehemaligen Porno-Star, ein Affront gegenüber der Frauenbewegung. In Thüringen stellte die AfD einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten auf, den die AfD-Abgeordneten aber selbst nicht wählten und statt dessen mit ihrer Stimme einem FDP-Kandidaten zur Mehrheit verhalfen und somit eine »bürgerliche« Mehrheit proklamierten. Stärker als unter anderen bürgerlichen Regierungen stehen die staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Medienanstalten im Fokus rechtspopulistischer Machthaber. Sie werden für »Falschinformationen« und »linke Hetze« verantwortlich gemacht, einzelne Redakteure werden geschasst und die Anstalten sollen gefügig gemacht werden. Dies geschieht zwar auch unter anderen Regierungen, aber hier wird es offen und offensiv politisch begründet.Natürlich stellen rechtspopulistische Regierungen auch die Rechte von Gewerkschaften und die kollektiven Rechte der Arbeitnehmer*innen infrage. So gab es mehrfach Angriffe auf die Renten sowie auf das Tarif-

und Streikrecht. Dies ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal des Rechtspopulismus. Ganz ähnliche Gesetze wurden auch von konservativen und sozialdemokratischen Regierungen verabschiedet.[1]

Die Regierungsbeteiligung führt allerdings oft zu Zerfallserscheinungen der rechtspopulistischen Parteien. In Koalition mit anderen Parteien müssen sie Kompromisse eingehen, die weit hinter ihren Maximalforderungen zurückstehen. Auch da, wo sie alleine regieren, können sie kapitalistische Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft setzen, und die soziale Lage der meisten ihrer Wähler*innen wird nicht verbessert. Sie entzaubern sich selbst ein Stück und ihre Rhetorik wird bescheidener und weniger anziehend. Sie werden selbst zum Teil des verhassten Politikbetriebs, versuchen möglichst viele ihrer Mitglieder auf gut dotierten Pöstchen im Staatsdienst unterzubringen und verdächtig viele ihrer führenden Persönlichkeiten führen einen mondänen oder auch bizarren Lebensstil.

Diese Probleme führten in Österreich zu einem Rückgang der FPÖ von fast 27 Prozent im Jahr 1999 auf nur noch 10 Prozent im Jahr 2002. Auch 2019 musste die FPÖ große Verluste hinnehmen, als durch die Veröffentlichung eines Videos die Korruptionsversuche des Parteivorsitzenden Strache und die Pläne zur Umgehung des Gesetzes zur Parteifinanzierung publik wurden. Die Lega Nord in Italien büßte 2001 fast die Hälfte ihrer Wähler*innen ein. Auch Koalitionspartner Berlusconi musste mit seinen Wahlallianzen mehrmals herbe Verluste hinnehmen und musste 1995, 2006 und 2011 sein Amt als Ministerpräsident abgeben. Doch entwickelte sich als Reaktion auf den Vertrauensverlust dieser Parteien keine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Gegenbewegung und die Resonanz rechtspopulistischer Themen blieb in der Wählerschaft ungebrochen. Die FPÖ und die Lega in Italien konnten sich regenerieren. In den Niederlanden verschwand die Liste Pim Fortuyn zwar in der Bedeutungslosigkeit, ihr Wählerpotential aber wanderte zu der von Geert Wilders gegründeten Partei für die Freiheit.

Rechtspopulismus und Faschismus

Mit dem Aufkommen des Rechtspopulismus wurden Äußerungen salonfähig, die bis dahin im bürgerlich-demokratischen Konsens verpönt waren, meist nur hinter vorgehaltener Hand geäußert wurden. Die Grenze des offen Sagbaren wurde deutlich nach rechts verschoben. Am rechten Rand dieser Parteien gibt es Überschneidungen und Zusammenarbeit mit neofaschistischen Kräften. Ihre Polemik untergräbt die bisher übliche Kompromisssuche der bürgerlichen Parteien von rechts, stellt Grundsätze der parlamentarischen Demokratie infrage und leistet so Vorarbeit für eine faschistische Ideologie, die im Fall einer schweren Krise der kapitalistischen Ökonomie die Massen ergreifen könnte. Es besteht die Gefahr, dass sich rechte Strukturen auch in der Fläche verfestigen und zeitweilige Rückschläge für die rechten Parteien überstanden werden

Foto: Herlmut Landgraf/Fototeam Hessen e.V.

können. Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien ermutigen rechtsextreme und faschistische Kräfte und senken die Hemmschwelle für terroristische Aktivitäten.

Insofern ist es folgerichtig, wenn Initiativen mit antifaschistischem Anspruch (Antifa) sich auch mit rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen befassen. Dabei sollte allerdings beachtet werden, dass es wichtige Unterschiede gibt zu den faschistischen Massenbewegungen, wie wir sie aus den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts kennen:

- Die rechtspopulistischen Parteien stellen den Parlamentarismus nicht grundsätzlich infrage. Faschistische Parteien, einmal an der Macht, unterdrückten gegnerische Kräfte systematisch, entmachteten Parlamente vollständig und machten die Justiz für ihre Ziele gefügig. Wahlen und Volksabstimmungen gab es allenfalls noch als Farce. Rechtspopulistische Parteien haben parlamentarische Rechte gelegentlich eingeschränkt, aber nie ganz außer Kraft gesetzt. Es gab immer wieder freie Wahlen und Wahlniederlagen wurden akzeptiert. Auch sozialistische und kommunistische Gruppen konnten sich organisieren und ihre Positionen vertreten.
- Sie verfügen nicht über organisierte, von der Partei gesteuerte Schlägertrupps, um ihre Interessen gewaltsam durchzusetzen und politische Gegner einzuschüchtern. Es gibt durchaus gewaltbereite Strukturen in der rechtsextremistischen Szene, die allerdings nicht von den rechtspopulistischen Parteien kontrolliert werden, sich diesen auch nicht unterordnen wollen und über eine eigene Dynamik verfügen.
- Faschistische Parteien konnten in der Vergangenheit an die Macht kommen, weil sie die Unterstützung maßgeblicher Teile des Kapitals und der Großgrundbesitzer hatten. Diese hatten noch die Schrecken der Revolutionsperiode 1918/19 in Erinnerung und fürchteten eine Neubelebung der proletarischen revolutionären Bewegung. Die Sowjetunion hatte damals bei Werktätigen und Intellektuellen Sympathien über die kommunistischen Parteien hinaus. Heute muss die westeuropäische Kapitalistenklasse keine revolutionäre Bewegung fürchten. Für die Durchsetzung ihrer Interessen spielen EU und Freihandel eine wichtige Rolle. Unterstützung erhalten rechtspopulistische Parteien daher allenfalls aus dem Spektrum des kleinen und mittleren Kapitals (z.B. in Norditalien[2]).

1 Durchweg beteiligten sich auch sozialdemokratische Regierungen am Sozialabbau, an Rentenkürzungen, an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit und an der Einführung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. In Frankreich wurde unter der Regierung Hollande die Möglichkeit eingeführt, durch Betriebsvereinbarungen nationale Tarifverträge zu unterlaufen. In Italien erschwerte die PD-Regierung für die Gewerkschaften die Ausrufung eines Streiks. In Deutschland waren es insbesondere die von SPD und Grünen durchgesetzten Hartz-Reformen, durch die die Lage der Lohnabhängigen verschlechtert wurde.

2 Die norditalienischen Regionalverbände des Industriellenverbandes CONFINDUSTRIA, vor allem im Veneto, hatten stets große Sympathien für die Lega (Nord). Diese Sympathie bröckelte etwas, als die Lega zusammen mit der Fünf-Sterne-Bewegung eine Regierung bildete. Der Stopp großer Infrastrukturprojekte und die vor allem für Süditalien bedeutende Zahlung von »Bürgergeld« an Arbeitslose wurden scharf kritisiert. In der Auseinandersetzung mit der Fünf-Sterne-Bewegung bezog aber auch der nationale Industriellenverband die Position der Lega. Allerdings bemängelte er den Plan, die von der EU gesetzte Schuldengrenze zu überschreiten, und wollte keine Konfrontation mit den Institutionen der EU.

Kampf gegen rechts – aber wie?

Gegen die AfD und gegen andere rechte und neofaschistische Gruppen gibt es in Deutschland insbesondere in den urbanen Zentren einen breiten und aktiven Widerstand aus dem linken und auch aus dem liberalen Lager. Lokale Antifa-Gruppen und überregionale Bündnisse können immer wieder viele Menschen mobilisieren, wenn rechte Organisationen öffentliche Auftritte versuchen. Dabei gelingt es durchaus, deren Öffentlichkeitsarbeit empfindlich zu stören, und teilweise auch, den Aufbau lokaler Strukturen zu erschweren.

Solange jedoch die gesellschaftlichen Ursachen der Rechtsentwicklung vorhanden sind, wird sich die Rechtsentwicklung durch administrative Maßnahmen und direkte Konfrontation allenfalls verzögern, nicht aber aufhalten lassen. »Die Revolution lässt sich nicht verbieten«, ist eine unter radikalen Linken beliebte Parole. Und es ist nicht von der Hand zu weisen: Wenn »die oben nicht mehr können« und »die unten nicht mehr wollen«, können unter diesen Bedingungen revolutionäre Bewegungen entstehen, die auch durch starke Repression nicht aufgehalten werden können. Das gilt jedoch umgekehrt auch für faschistische und rechtspopulistische Bewegungen: Unter bestimmten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und Kräfteverhältnissen werden auch rechte Strukturen ihre Basis vergrößern und sich gegen Widerstände behaupten können.

Wichtig ist es daher, die politischen und ökonomischen Ursachen rechter Erfolge zu untersuchen. Das politische Bewusstsein wird geprägt durch das gesellschaftliche Sein. Dieser Kernsatz materialistischen und marxistischen Denkens wird heute auch in der Antifa-Szene häufig infrage gestellt. »AfD-Wähler wählen AfD, weil sie Rassisten sind«, ist eine einfache und beliebte Erklärung. Dass Menschen mit Vorbehalten gegen vermeintlich Fremde eine Partei wählen, die diesen Vorurteilen Ausdruck verleiht, scheint Erklärung genug. Woher aber die Vorbehalte kommen, warum sie auf einmal politisch relevant werden, scheint uninteressant. Schuld an der Rechtsentwicklung sind demnach in der Persönlichkeit liegende Denk- und Verhaltensmuster. Und wer nach den Ursachen fragt, kommt schnell in den Verdacht, den Rechtspopulismus zu verharmlosen, ja zu rechtfertigen. Hiernach geht es scheinbar nur um den Kampf zwischen verschiedenen kulturellen Lagern: Hier die weltoffen, aufgeklärt und demokratisch Gesinnten, dort die engstirnigen, rassistischen und homophoben Reaktionäre. Woraus sich die Zuordnung zu diesen »Lagern« ergibt, wird nicht gefragt. (siehe unten: Die Ursachen rechtspopulistischer Erfolge.)

Idealistische Kritik der Rechtsentwicklung als Erbe westdeutscher »Faschismusbewältigung«

Bewusst oder unbewusst stehen derart idealistische Kritiken am wachsenden Einfluss rechter Parteien in der Tradition der bundesrepublikanischen Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit. Nach 1945 wurde der Faschismus erst einmal verdrängt. Die Verstrickung der Herrschenden in den Machtapparat des Faschismus sollte genauso wenig thematisiert werden wie die Schuld der vielen kleinen und mittleren Nazis. Nur wenige sehr hohe Funktionäre wurden wegen ihrer Verbrechen bestraft. In der Verwaltung, an Schulen und Hochschulen, in der Justiz und bei der Polizei blieben die ehemaligen Parteimitglieder in Amt und Würden. Auch die Rolle des Kapitals, das maßgeblich zum Sieg des Faschismus beigetragen hatte, wurde nicht in Frage gestellt. Mit der Herausbildung des Ost-West-Konflikts wurde die in der Ära des Nationalsozialismus erworbene Kompetenz im Kampf gegen den Kommunismus und die Sowjetunion auch in der Bundesrepublik wieder zu einer gefragten Qualifikation. Ungeachtet der Hilfe ehemaliger Nazis bei der Bekämpfung »kommunistischer Umtriebe« wurde die Gleichsetzung von Rechts und Links, von Faschismus und Kommunismus in der Totalitarismus-Ideologie zur inoffiziellen Staatsdoktrin.

Erst in den sechziger Jahren, vor allem nach den Auschwitzprozessen ab 1963 und mit der Studierenden- und Jugendbewegung ab 1966 wurde die faschistische Vergangenheit in breiterem Maße kritisch hinterfragt. Dabei ging es zum einen um die Rolle Einzelner, die in die Verbrechen des Dritten Reichs verstrickt waren und auch in der Bundesrepublik wieder wichtige Funktionen hatten. Andererseits wurde aber auch nach der Verantwortung der herrschenden Klasse für den Faschismus gefragt. Marxistische Analysen fanden Eingang in die Diskussion, ohne diese aber zu bestimmen. Ein Zitat von Max Horkheimer aus dem Jahr 1939 fand jedoch weite Verbreitung: ***»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«***

Mit dem Rückgang der linken Organisationen ab Mitte der achtziger Jahre und verstärkt nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus gingen diese Erkenntnisse

Das Kapital fand einen neuen Schergen.

Das Hakenkreuz steht über Knochen-Bergen.

Zwei Hälften, wie du siehst, hat ein Gesicht.

Das eine zieht Profit, das andere spricht.

Zeichnungen von Heinrich Vogeler

Verse von Johannes Becher Aus. der Mappe "Das dritte Reich" 1934

wieder verloren. Die Zeit des Nationalsozialismus fand jedoch verstärkt Eingang in den Lehrplan der Schulen. Vierzig oder fünfzig Jahre nach dem Krieg konnte man über die braune Vergangenheit reden, ohne Gefahr zu laufen, einflussreiche Persönlichkeiten zu belasten, da die meisten mittlerweile gestorben waren. Allerdings ist die Befassung mit dem faschistischen Regime heute in der Regel entpolitisiert. Die nachfolgende Generation lernte und lernt in der Schule vor allem eine sehr moralische Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit. Behandelt werden die Verbrechen des Regimes und dabei vor allem und fast ausschließlich die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Die Rolle des Kapitals bei der Errichtung der faschistischen Herrschaft und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung werden weitgehend ausgeklammert. Widerstand gilt als das Werk von moralisch überlegenen, heroischen Einzelnen. Der Klassencharakter des Faschismus und der Widerstand von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern werden in Schulen und in den Medien nicht weiter beachtet.

Viele, die heute aktiv dabei sind im Kampf gegen die Etablierung rechter Strukturen, bewegen sich in der oben beschriebenen Gedankenwelt und nehmen nicht wahr, wie sehr sie damit bürgerlichem Denken verbunden sind. Besonders skurril ist diese Entwicklung bei den sogenannten »Antideutschen«[3], die ihren Ursprung im linken Milieu haben. Da der Faschismus bei ihnen auf den Holocaust reduziert wird, wird bei ihnen die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung und ihrer Kultur zum einzigen Anliegen antifaschistischer Politik. Und der israelische Staat erscheint ihnen als die Verkörperung dieser Werte, auch wenn die dortige Regierung noch so weit rechts außen stehen mag. Kritik am Zionismus oder an der israelischen Besatzungspolitik wird sofort als »antisemitisch« diffamiert. Mitgefühl mit der unter dieser Besatzung leidenden palästinensischen Bevölkerung ist ihnen fremd. Gegen den angeblichen »Antisemitismus« internationalistischer Gruppen gehen sie auch mit ausgesprochen rechten Persönlichkeiten Bündnisse ein und treiben sie sogar an, um z.B. Veranstaltungen mit Kritikern der israelischen Besatzungspolitik zu unterbinden.

Die Ursachen rechtspopulistischer Erfolge

Wer den Sieg des Faschismus in Deutschland (1933) und Italien (1923) verstehen will und sich dabei nicht mit dem Verweis auf die menschliche Unzulänglichkeit begnügt, muss die Verhältnisse in diesen Ländern vor der faschistischen Machtergreifung untersuchen. Und wer heute dem Aufstieg der Rechten mehr entgegensetzen will als moralische Appelle oder letztlich nur symbolische Aktionen, kommt nicht umhin zu analysieren, was sich in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren verändert hat und zum Erfolg der Rechten beiträgt.

Der Rechtspopulismus gewinnt bei Wahlen Stimmen aus allen Schichten und aus nahezu allen politischen Lagern dazu. Darunter gibt es auch unverbesserliche Rechte und Reaktionäre sowie chauvinistische Mittelständler, die weniger Steuern bezahlen und im Gegenzug den Sozialstaat abbauen wollen.

Wie beim Faschismus gehören zur Basis rechtspopulistischer Parteien auch Schichten, deren gesellschaftliches Interesse keineswegs durch die Programmatik der rechten Parteien abgedeckt wird. Es gehören auch Menschen dazu, die zuvor sozialdemokratisch oder auch kommunistisch gewählt haben. Viele ehemalige Stammwähler*innen dieser Parteien kommen nicht mehr in den Genuss der Sicherheiten des Sozialstaates und der Tarifverträge, wie sie noch in den achtziger Jahren üblich waren. Etwa ein Drittel der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiten mittlerweile in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Tendenz steigend. Der feste Arbeitsplatz mit voller Arbeitszeit wird langsam zum Auslaufmodell. Eine Lebensplanung ist für viele junge Menschen nicht mehr möglich, die Vorstellung, Kindern werde es besser gehen als ihren Eltern, klingt für die meisten heute wie ein Märchen. Diese Abwärtsbewegung hält seit über dreißig Jahren an und reißt immer mehr Menschen mit sich. Das stellt die Loyalität zu den Volksparteien und zum politischen System insgesamt infrage. Die Wahlbeteiligung gerade der unteren sozialen Schichten ist seit vielen Jahren rückläufig. Der Zustrom von Flüchtlingen aus Kriegs- und Hungergebieten wurde vor diesem Hintergrund von vielen als Bedrohung aufgefasst und die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bekam ein Ventil. Die bei vielen vorhandenen Vorurteile bekamen ein anderes Gewicht, sie wurden salonfähig und mit der AfD erschien eine Partei, die dieses Thema zum Schwerpunkt ihrer Propaganda machte. Gerade in dem Bereich prekärer Arbeit sind die Sympathien für die AfD besonders stark, wie mehrere Studien zeigen.[4]

Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre zitiert eine Arbeit der amerikanischen Soziologin Arlie Hochschild, in der sie versucht, das Weltbild von Anhänger*innen der amerikanischen Tea-Party-Bewegung zu beschreiben. Danach »*stehen Menschen wie bei einer Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges, der für sie den amerikanischen Traum symbolisiert. Ihre Füße sind müde, es geht nicht vorwärts. Während man selbst vergeblich ansteht, werden, so die Wahrnehmung, andere bevorzugt, die in der Wahrnehmung der Wartenden deutlich weniger geleistet haben, um sich den Traum vom besseren Leben zu erfüllen.*« Für Deutschland sieht Dörre selbst durch die Politik während der Finanzkrise und bei der Bewältigung der Flüchtlingswelle eine Wende*: »Über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass es nicht mehr für alles reicht, war im Zuge des Krisenmanagements scheinbar Geld im Überfluss vorhanden – zunächst zur Rettung der Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der südeuropäischen Peripherie, dann für mehr als eine Million Geflüchtete, die 2015 deutsches Staatsgebiet erreichten. Seither ist das ‚Schlangestehen' nicht nur aus Sicht rechtsaffiner Arbeiter*innen sinnlos geworden.*«

Diese Erkenntnis gewann aber eine Klasse, die in den bestehenden gesellschaftlichen Konflikten ohne Kompass agiert, sich ihrer Interessen als Klasse nicht bewusst ist. Um es mit Marx zu sagen: Sie ist »Klasse an sich«, nicht »Klasse für sich«. Seit langer Zeit erleben die Lohnabhängigen nur, wie die Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb, im Wohnviertel und auf politischer Ebene ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden können. Erfolgreiche Gegenwehr gibt es

3 Zu den Antideutschen ist ein Artikel in wikipedia zu empfehlen: https://de.wikipedia.org/wiki/Antideutsche

4 Studie von Klaus Dörre, Sophie Bose, John Lütten und Jakob Köster, Berliner Journal für Soziologie, Mai 2018, online verfügbar unter: https://link.springer.com/article/10.1007/s11609-018-0352-z
Hans-Böckler-Stiftung: Einstellung und soziale Lebenslage, Unsichere Berufsperspektiven nutzen Rechten, Düsseldorf 2017.
Uli Brinkmann u.a., Solidarität und Skepsis, VSA-Verlag, Hamburg 2020

allenfalls punktuell in einzelnen Betrieben oder Sektoren. Die Arbeiterklasse sieht heute dem Klassenkampf von oben meist ohnmächtig zu.

Viele Beschäftigte haben erleben müssen, wie sie trotz wachsender Wirtschaft nicht mithalten können, wie sie den Anschluss verloren. Andere haben Angst, selbst Opfer dieser Entwicklung zu werden. Ihre Probleme aber kommen in den öffentlichen Debatten nicht vor. Alles fokussiert sich auf die »Mitte«. Auch Gewerkschaften und die SPD beschäftigen sich eher damit, wie sie hochqualifizierte Arbeitskräfte ansprechen können. Im Gegensatz dazu steht die Aufmerksamkeit, die 2015 den Flüchtlingen durch die Medien entgegengebracht wurde.

Kampf gegen rechts als Klassenkampf

Der Zusammenhang von sozialem Abstieg bzw. Abstiegsängsten und den Erfolgen des Rechtspopulismus ist eigentlich nicht zu leugnen. Zu stoppen sind die Rechten daher weder durch noch so gut gemeinte Aufklärungsarbeit noch durch Proteste bei ihren Veranstaltungen alleine. Diese Aktionsformen sprechen nur Menschen an, die sowieso schon Abneigungen gegen rechte Ideologien haben. Um dem Aufstieg des Rechtspopulismus wirklich begegnen zu können, müssen wir die Leute ansprechen, die von rechter Propaganda erreicht werden.

Natürlich gibt es auch in der Arbeiterklasse Ressentiments gegen Fremde und Homosexuelle, sexistische Einstellungen u.a. Solche Vorurteile bestimmen aber nicht zwangsläufig das ganze politische Denken. Es gibt andere Themen und Erfahrungen, die diese Ressentiments in den Hintergrund drängen können. Die Angst vor Krieg oder die Umweltzerstörung könnten solche Themen sein, wenn sie als existenziell begriffen werden.

Prekäre Beschäftigung, Wohnungsnot und Altersarmut wären andere Inhalte, um Menschen anzusprechen, die von der AfD geködert werden. Die AfD bedient sich zwar einer sozialdemagogischen Propaganda, kann diese jedoch nicht konsequent verfolgen, da sie sich dann gegen die Interessen des Kapitals wenden müsste, was aber ihrer Ideologie der »nationalen Solidarität« widerspricht.

An den Klasseninteressen ausgerichtete Politik kann hier konsequenter agieren. Um erfolgreich zu sein, bedarf es aber auch der Hoffnung, durch gemeinsames, solidarisches Handeln etwas bewegen, die Angriffe des Kapitals abwehren zu können. Hier wäre die gewerkschaftliche Organisation gefragt. Diese ist aber in vielen Fällen Teil des Problems, nicht seine Lösung. Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik, die internationale Konkurrenzfähigkeit, wird von den Gewerkschaften in der praktischen Politik nicht ernsthaft infrage gestellt. Weit verbreitet ist die Unterordnung unter dieses Ziel und teilweise auch die aktive Mitgestaltung. Die in Deutschland durchgesetzten Lohnerhöhungen lagen viele Jahre weit unter dem europäischen Durchschnitt. Das kann als bewusster Beitrag zur Sicherung der Position des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt gesehen werden. Betriebsräte nehmen es nicht nur hin, sondern beteiligen sich aktiv daran, »ihre« Betriebe fit zu machen für die Konkurrenz. Arbeitsplatzabbau, Ausgliederungen oder Arbeitszeitverlängerungen scheinen da kein Problem darzustellen. Dass Gewerkschaften und Betriebsräte nach Gesetz nicht in unternehmerische Entscheidungen eingreifen dürfen, wird als Argument dafür benutzt, solche Entscheidungen einfach hinzunehmen, allenfalls die Auswirkungen etwas abzumildern. Ausgliederungen in schlechter tarifierte oder tariflose Bereiche sind an der Tagesordnung. Leiharbeit wird nicht infrage gestellt, sondern wohlwollend als Puffer hingenommen, um die Stammbelegschaften bei einem Arbeitsplatzabbau zu schützen. Natürlich können sich Betriebsräte nicht über die dem Kapitalismus eigene Konkurrenz hinwegsetzen. Sie erlaubt es den Kapitalisten, verschiedene Betriebe gegeneinander auszuspielen. Doch gibt es in der Regel keine Versuche, der Konkurrenz durch ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Belegschaften entgegenzuwirken. Können für Stammbelegschaften durch Standort-Denken und Betriebsegoismus zumindest zeitweilig die schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Krisenbewältigung abgewendet werden, sind andere Teile der Klasse (Leiharbeiter, Scheinselbständige, befristet Beschäftigte) Leidtragende dieser Politik. Sie können nur bedingt mit der Solidarität der Gewerkschaften und ihrer betrieblichen Repräsentanten rechnen. Das liegt daran, dass es dort keine Tradition gewerkschaftlicher Organisierung gibt und es schwierig ist, ökonomischen Druck auszuüben. Den Betroffenen müssen Gewerkschaften als Teil des Systems vorkommen, das ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen immer weiter bedroht.

Wie glaubwürdig sind solche Gewerkschaften, wenn sie der AfD Spaltung und Ausgrenzung vorwerfen? Es ist nicht nur das Programm der AfD, das Menschen ausgrenzen will. Ausgrenzung ist schon heute ein gängiger Prozess in der kapitalistischen Wirtschaft, immer mehr Menschen werden in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Und diesem Prozess haben Gewerkschaften wenig entgegengesetzt. Zum Teil haben sie ihn sogar »mitgestaltet«, um die Auswirkungen der Krisenbewältigung auf die Kernbelegschaften abzumildern. Soweit von diesen Prozessen betroffene Lohnabhängige noch Mitglied einer Gewerkschaft sind, haben sie keinen Bezug mehr zu ihr und es ist ihnen ziemlich gleichgültig, welche Wahlempfehlungen die Gewerkschaften abgeben. Viele wollen bei den Wahlen ihren Protest zum Ausdruck bringen und zum Teil finden sie das Kreuzchen bei der AfD als hierfür angemessen.

Konsequenzen für den Kampf gegen rechts

Für politische Kräfte, die der Rechtsentwicklung entgegentreten wollen, reicht es nicht aus, das linke und liberale Lager zu mobilisieren. Es ist notwendig, auch jene Milieus, in denen sich die sozial Verunsicherten finden, anzusprechen, aus dem der Rechtspopulismus Zustimmung erfährt. Wichtig hierbei ist vor allem, die soziale Demagogie zu entlarven, zu verdeutlichen, dass die Rechten für die dringenden Probleme dieser Menschen keine Antworten haben. Es bedeutet die Unterstützung von Aktionen, die diese Probleme aufgreifen (Miete, prekäre Beschäftigung, Tarifverträge…) und auch die Chance bieten, dass die Betroffenen selbst aktiv werden. Es wird nicht ausbleiben, dass sich an solchen Aktionen auch Menschen beteiligen, die Vorurteile gegen Fremde haben, sexistische Sprüche machen und sich autoritär aufführen. Solches Verhalten darf nicht unwidersprochen bleiben. Aber der aufgeklärte und solidarische Mensch kann nicht die Voraussetzung sein für gemeinsame Kämpfe. Erst in kollektiven Aktionen können sich die Individuen als politische Subjekte begreifen und es können Lernprozesse initiiert werden. Es können in solchen Kämpfen auch Vorurteile gegen Minderheiten abgebaut werden, da sie sich gegen die tatsächlichen Ursachen sozialer Verunsicherung richten und die Solidarität z.B. mit ausländischen Lohnabhängigen wichtig ist.

Analysen der KPD-Opposition in der Weimarer Republik

Die deutsche Arbeiterbewegung war im Kaiserreich und in der Weimarer Republik von vielen Formen staatlicher Repression betroffen: Die Sozialistengesetze verboten die sozialdemokratische Partei, »Majestätsbeleidigung« und radikale Reden wurden mit Gefängnis bestraft, etliche Demonstrationen und Streiks wurden mit Polizeigewalt niedergeschlagen. Viele Aktive verbüßten Gefängnisstrafen oder bezahlten ihr Engagement mit dem Leben. In der Weimarer Republik beteiligte sich die durch die Revolution von 1918 an die Regierung gekommene SPD an der polizeilichen und militärischen Niederschlagung radikalerer Bewegungen unter dem Einfluss der USPD und der KPD. Ziel war es, die Weiterentwicklung zu einer sozialistischen Revolution zu verhindern. Das waren Unterdrückungsmaßnahmen mit den Mitteln des bürgerlichen Staatsapparates. Da die SPD-Führung selbst nicht über die dafür notwendigen Mittel verfügte, musste sie einen Pakt mit den Kräften schließen, die das alte kaiserliche Regime vertraten, vor allem mit dem kaiserlichen Militär. So verhalf die Mehrheitssozialdemokratie den reaktionären und monarchistischen Kräften zu neuer Kraft.

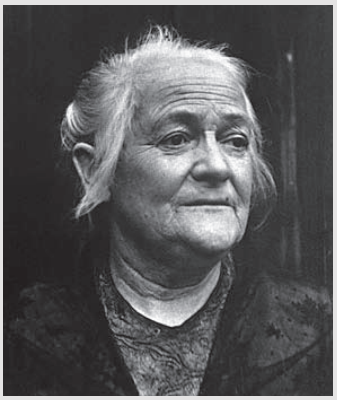
Im Kapp-Putsch von 1920 zeigten diese Kräfte jedoch, dass sie sich auch mit dem Übergang zur bürgerlichen Demokratie nicht abfinden wollten. Die Revolte antirepublikanischer Militärs war die Folge dieser Politik. Er wurde mit Hilfe von Arbeiterkorps niedergeschlagen, die danach sofort zur Zielscheibe rechtssozialdemokratischer und bürgerlicher Politik wurden. Mit dem Kapp-Putsch zeigten die aufständischen Militärs ihre Ablehnung der Weimarer Republik, deren Regierung im Versailler Vertrag einer Verkleinerung der Armee zugestimmt hatte. Der Kapp-Putsch scheiterte kläglich und zeigte, wie gering der Rückhalt für eine reaktionäre Militärdiktatur war.

Von anderer Qualität war der »Hitler-Ludendorff-Putsch« im Herbst 1923. Er war dilettantisch angelegt und ebenfalls zum Scheitern verurteilt, doch war er das Vorzeichen einer neuen politischen Kraft, die nicht nur jene ansprach, die ihren verlorenen Privilegien nachtrauerten, sondern auch Verzweifelte aus den Schichten, die durch die kapitalistische Wirtschaftskrise ins Elend gestürzt wurden.

Anfang der 1920er Jahre entwickelte sich ausgehend von Italien der Faschismus, der nicht minder terroristisch auftrat als die reaktionären Militärs, aber über eine breitere soziale Basis verfügte und damit erfolgreich war. Clara Zetkin entwickelte 1923 in einem Referat auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die wesentlichen Unterschiede zwischen dem aufkommenden Faschismus und den bis dahin bekannten Formen rechten Terrors. (siehe Kasten: »Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus«)

In diesem Referat entwickelt Clara Zetkin eine Analyse des Faschismus, die in späteren Jahren in der Kommunistischen Internationale und in der KPD in Vergessenheit geriet. Faschismus wurde zu einem Schimpfwort, mit dem alles tituliert wurde, was nicht der Parteilinie entsprach, selbst abweichende Strömungen innerhalb der kommunistischen Bewegung. Neben dem »Nationalfaschismus« wurde z.B. von einem »Klerikalfaschismus« (gemeint war die katholische Zentrumspartei) und schließlich vom »Sozialfaschismus« geschwafelt, mit dem die SPD gemeint war. Die von Clara Zetkin genannten Besonderheiten des eigentlichen Faschismus wurden dadurch negiert und die KPD verbreitete immer wieder Illusionen über dessen baldiges Ende, selbst dann, als er bereits die Macht an sich gerissen hatte. Ein Unterschied von bürgerlicher Demokratie und Faschismus wurde nicht mehr gesehen.

Aber nicht nur eine realistische Einschätzung des Faschismus wurde im Laufe der Jahre von KPD und Komintern aufgegeben, auch die Politik der Einheitsfront wurde über Bord geworfen. Diese Politik entwickelte sich Anfang der zwanziger Jahre in der kommunistischen Bewegung, nachdem verschiedene Aktionen gescheitert waren, in de-



Clara Zetkin, der Kampf gegen den Faschismus

Referat auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (1923)

»Die Meinung wurde vertreten und war früher wohl vorherrschend, dass der Faschismus nichts sei als gewalttätiger bürgerlicher Terror, und er wurde geschichtlich seinem Wesen und seiner Wirkung nach auf eine Stufe mit dem weißen Schrecken in Horthy-Ungarn gestellt. Aber obgleich die blutigen terroristischen Methoden des Faschismus und des Horthy-Regimes die gleichen sind und sich gleicherweise gegen das Proletariat kehren, ist das geschichtliche Wesen der beiden Erscheinungen außerordentlich verschieden. Der Terror in Ungarn setzte nach einem siegreichen, wenn auch kurzen revolutionären Kampfe des Proletariats ein; die Bourgeoisie hatte vorübergehend vor der Macht des Proletariats gezittert. Der Horthy-Terror kam als Rache gegen die Revolution. Der Vollstrecker dieses Racheaktes ist die kleine Kaste der feudalen Offiziere. (…)

Anders ist es beim Faschismus. Er ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, dass das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen. Über diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faschismus fertig werden wollen. Wir werden ihn nicht auf militärischem Wege allein überwinden – um diesen Ausdruck zu gebrauchen –, wir müssen ihn auch politisch und ideologisch niederringen. (…)

Ein großer Teil der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten, bürgerlichen Intellektuellen hatte die Kriegspsychologie durch eine gewisse Sympathie für den reformistischen Sozialismus ersetzt. Sie erhofften vom reformistischen Sozialismus dank der ‚Demokratie' eine Weltwende. Diese Erwartungen sind bitter enttäuscht worden. Die Re-

nen kommunistische Parteien die Macht auf sich alleine gestellt erobern wollten. Lenins Schrift »Der Linksradikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« zieht die Lehren aus diesen Erfahrungen und formuliert drei Grundsätze für die Politik der kommunistischen Parteien, um die Masse der nichtkommunistischen Arbeiter*innen gewinnen zu können:

- Die Mitarbeit als Opposition auch in reaktionären Gewerkschaften, wenn die dort Organisierten für eine klassenkämpferische Politik ansprechbar sind.
- Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten, um sie in eine Tribüne des Klassenkampfes zu verwandeln.
- Die Notwendigkeit, Kompromisse zu akzeptieren, wenn die Kräfte nicht für die vollständige Durchsetzung der eigenen Forderungen reichen, ohne dabei auf die Agitation für die eigentlichen Ziele zu verzichten.

Die Herausbildung der KPD-Opposition

Nachdem 1923 die deutsche Revolution endgültig gescheitert war, war die Sowjetunion auf sich alleine gestellt. In der kommunistischen Partei der SU entwickelten sich heftige Fraktionskämpfe um den weiteren Weg. Dabei suchte jede Fraktion Unterstützung in den internationalen kommunistischen Parteien zu gewinnen, die in der Kommunistischen Internationale organisiert waren. Diese wurden mehr und mehr den Interessen der jeweiligen führenden Fraktion untergeordnet und schließlich mehr oder weniger zu Außenposten der sowjetischen Staatspolitik. Diese Unterordnung lief unter der Bezeichnung »Bolschewisierung« der kommunistischen Parteien. In der Folge vollzog sich in der KPD 1924 eine Wende zu einem scharfen ultralinken Kurs und viele Mitglieder, die an der Parteigründung mitwirkten und dort im Sinne der Politik der Einheitsfront wirkten, wurden kaltgestellt. Die ultralinke Wende wurde zwar schon 1925 nach ihrem offensichtlichen Misserfolg wieder revidiert, doch blieb die Umsetzung dieser Wende unzureichend. 1928 wurde, initiiert durch die Gremien der Kommunistischen Internationale, eine erneute Wendung nach links vollzogen, der »Sozialfaschismus« als Hauptfeind definiert und der Aufbau eigener Gewerkschaften propagiert. Mitglieder, die mit diesem Kurs nicht einverstanden waren, schlossen sich in der Kommunistischen Partei (Opposition) zusammen, um die Partei an »Haupt und Gliedern« zu erneuern. Ihre Opposition richtete sich auch gegen die bedingungslose Unterordnung unter die Kommunistische Partei der Sowjetunion und gegen die Einschränkung der innerparteilichen Demokratie. Die Gruppe gab die theoretische Zeitschrift »Gegen den Strom« und die mehrmals wöchentlich erscheinende »Arbeiterpolitik« heraus. Die KPD-O positionierte sich keineswegs irgendwo zwischen KPD und SPD, wie es vielfach dargestellt wird.

Zur Sozialdemokratie hatte die Gruppe prinzipielle Gegensätze. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten im Ersten Weltkrieg, die Unterstützung konterrevolutionärer Banden 1918/19 und die Unterordnung unter bürgerliche Koalitionspartner in der Weimarer Republik offenbarten die Integration der SPD in das kapitalistische System. Und ihre Zustimmung zu immer weiterem Sozialabbau enttäuschte viele ihrer Wählerinnen und Wähler und trieb sie in die Arme des Faschismus. (Zur Kritik der SPD siehe im Anhang: »Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?«)

Zur KPD hingegen gab es taktische Differenzen. Es ging darum, wie die von der Sozialdemokratie und von der Gewerkschaftsführung Enttäuschten für den Kommunismus gewonnen werden könnten. An der Politik der KPD wurde die sektiererische Abschottung kritisiert, der Aufbau eigener »revolutionärer« Gewerkschaften und die Sozialfaschismusthese, die es unmöglich mache, Unzufriedene aus dem sozialdemokratischen Lager anzusprechen. Gefordert wurde eine Rückkehr zur Politik der Einheitsfront. Die Forderung nach gemeinsamen Aktionen sollte sich nicht nur an die Basis der Sozialdemokratie richten, sondern auch an die Führungsgremien, da diese noch immer das Vertrauen der Mitglieder besaßen. Würde die Führung gemeinsamen Aktionen zustimmen, gebe es die Chance für kraftvolle Aktionen. Sollte sie aber die Zustimmung verweigern, könnte

formsozialisten treiben eine sanfte Koalitionspolitik, deren Kosten zusammen mit den Proletariern und Angestellten die Beamten, Intellektuellen, Klein- und Mittelbürger jeder Art zahlen. Diese Schichten entbehren im allgemeinen der theoretischen, geschichtlichen, politischen Schulung. Ihre Sympathie für den Reformsozialismus war nicht tief verwurzelt. So kam es, dass sie nicht bloß den Glauben an die reformistischen Führer verloren, sondern an den Sozialismus selbst.(…)

Tausendköpfige Massen strömten dem Faschismus zu. Er wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte. Und was sie alle nicht erhofften von der revolutionären Klasse des Proletariats und vom Sozialismus, das erhoffen sie als Werk der tüchtigsten, stärksten, entschlossensten, kühnsten Elemente aller Klassen, die zu einer Gemeinschaft zusammengefasst werden müssen. Diese Gemeinschaft ist für die Faschisten die Nation. (…)

Es liegt auf der Hand, dass nach der sozialen Zusammensetzung seiner Truppen der Faschismus auch Elemente einschließt, die der bürgerlichen Gesellschaft außerordentlich unbequem, ja gefährlich werden können. Ich gehe weiter, ich behaupte, die der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden müssen, wenn sie ihr ureigenes Interesse verstehen. (…) Die Bourgeoisie muss sich sagen, dass unter diesen Verhältnissen auf die Dauer auch die milde, burgfriedliche Predigt der Reformsozialisten ihre einschläfernde Wirkung auf das Proletariat verlieren wird. Sie rechnet damit, dass sie das Proletariat nur noch mit Hilfe von Gewaltmitteln unterwerfen und ausbeuten kann. Aber die Machtmittel des bürgerlichen Staates beginnen teilweise zu versagen. Er büßt immer mehr die Finanzkraft und die moralische Autorität ein, seine spezifischen Sklaven in blinder Treue und Unterwürfigkeit zu binden. Die Bourgeoisie kann die Sicherheit ihrer Klassenherrschaft nicht mehr von den regulären Machtmitteln ihres Staates allein erwarten. Sie braucht dafür eine außerlegale, außerstaatliche Machtorganisation. Eine solche wird ihr gestellt durch den bunt zusammengewürfelten Gewalthaufen des Faschismus. (…)

Wir müssen uns bewusst bleiben, dass, wie ich eingangs sagte, der Faschismus eine Bewegung von Hungrigen, Notleidenden, Existenzlosen und Enttäuschten ist. Wir müssen danach trachten, dass wir die sozialen Schichten, die jetzt dem Faschismus verfallen, entweder unserem Kampfe eingliedern oder sie zum mindesten für den Kampf neutralisieren.«

die passive Haltung der SPD und der Gewerkschaften angeprangert werden. (Zur Kritik der KPD siehe im Anhang: »Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?«)

Die Faschismusanalyse August Thalheimers

Die KPD-O hatte nicht die notwenige Stärke, um die Politik der Partei zu ändern oder gar Einfluss zu nehmen auf den Gang der Geschichte. Im Gegensatz zu den anderen Strömungen der Arbeiterbewegung hatte sie aber ein sehr klares Bild vom Wesen des Faschismus. Sowohl die KPD als auch die Sozialdemokratie konnten sich lange Zeit keine Machtergreifung der NSDAP vorstellen. Die SPD vertraute darauf, dass die Bourgeoisie das demokratische System nicht aufgeben werde. Die KPD ihrerseits zeigte auch hier ein großes Maß an Selbstüberschätzung und behauptete, die Arbeiterbewegung werde Hitler nicht zur Macht kommen lassen oder sehr schnell wieder stürzen. Ja, es wurde sogar behauptet, das Anwachsen der NSDAP sei die Folge einer Stärkung der KPD. Selbst nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war und die »Gleichschaltung« in vollem Gange war, versuchten sich KPD wie SPD zu trösten, indem sie behaupteten, Deutschland sei nicht Italien. (Zur Krise der Weimarer Republik und zum Aufstieg des Faschismus siehe im Anhang: »Die Krise des Parlamentarismus« und »Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution«.)

Die KPD-O erkannte im Gegensatz dazu klar, wie die Wirtschaftskrise und die Handlungsunfähigkeit der Arbeiterbewegung enttäuschte Massen aus dem kleinbürgerlichen und reformistischen Lager der faschistischen Partei zuführte. Sie wurde zu einem Sammelbecken von »Deklassierten aller Klassen«. Gleichzeitig wurde die NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik zunehmend von immer größeren Teilen der Bourgeoisie unterstützt. Die KPD-O knüpfte an die Erkenntnisse an, die Clara Zetkin 1923 in ihrem Referat (siehe oben) darlegte: Die faschistische Partei als Sammelpunkt *»großer Teile der proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten«*. Die KPD-O ging also davon aus, dass der Faschismus eine autonome Bewegung ist, ohne direkte Beeinflussung durch die Bourgeoisie oder von Teilen von ihr. Wäre der Faschismus nur eine Kreatur des Großkapitals, könnte er keine Massenbasis gewinnen.

Kritiker hielten der KPD-O vor, damit würde der Faschismus als eine Diktatur des Kleinbürgertums definiert. August Thalheimer, der die Faschismustheorie der KPD-O maßgeblich formulierte, bestritt nicht, dass es an der Basis der faschistischen Bewegung solche Illusionen gebe. Doch müssten diese an der Realität monopolkapitalistischer Verhältnisse scheitern. Da der Faschismus das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht infrage stelle, bliebe ihm nichts anderes übrig, als die Geschäfte des Kapitals zu vollziehen. Von seinen Versprechen bleibe nur noch der Kampf gegen den Marxismus, d.h. gegen die Arbeiterbewegung. Und genau das mache ihn interessant für die Bourgeoisie. Diese unterstütze den Faschismus nicht aus vollem Herzen, sondern weil sie selbst nicht in Lage sei, ihre Interessen politisch durchzusetzen. Sie benötige den Faschismus hauptsächlich, um die Arbeiterbewegung niederzuringen, die Gefahr einer sozialen Revolution endgültig zu bannen und die Kosten der Krisenbewältigung auf die Lohnabhängigen zu übertragen. Zu diesem Zweck übergebe sie die politische Macht an die faschistische Bewegung, um ihre ökonomische Macht zu behalten. Die politische Macht der Faschisten zeichne sich durch eine relative Autonomie gegenüber der Bourgeoisie aus, müsse jedoch immer die ökonomischen Machtverhältnisse berücksichtigen.

Zur Erklärung solcher Formen politischer Machtausübung griff Thalheimer zurück auf die Marxsche Analyse der Regierung des Louis Bonaparte nach der verlorenen Revolution von 1848 in Frankreich. Marx beschreibt hier eine Situation, in der das Proletariat die Herrschaft noch nicht ergreifen konnte, aber auch die in mehrere Fraktionen gespaltene Bourgeoisie nicht in der Lage war die politische Macht auszuüben. Die Bourgeoisie dankte daher politisch ab und lieferte sich der Diktatur eines »Abenteurers« aus, wie es Marx ausdrückte. Sie erkannte, dass sie ihre ökonomische Macht nur erhalten konnte, wenn *»ihre Klasse neben den anderen Klassen zur politischen Nichtigkeit verdammt werde«* (Karl Marx, Der 18.Brumaire des Louis Bonaparte). Vor diesem Hintergrund konnte Louis Bonaparte mit seiner Partei, bestehend aus *»Deklassierten aller Klassen«*, an die Macht gelangen und diese bis 1870 behalten. Möglich war dies durch die politische Schwäche der gesellschaftlichen Klassen, die es Bonaparte erlaubte, diese immer wieder gegeneinander auszuspielen, mal dieser, mal jener Klasse Zugeständnisse zu machen und so an der Macht zu bleiben. Diese Analyse der Regierung von Louis Bonaparte ist für Thalheimer ein Beispiel für eine relative politische Autonomie der Regierung gegenüber der Bourgeoisie, ohne dass kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse infrage gestellt werden. Hier sieht er starke Parallelen zum Faschismus (siehe hierzu im Anhang »Über den Faschismus«).

Kritik der Volksfrontpolitik

Nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland vollzog die Kommunistische Internationale eine Kehrtwende. Der drohende Krieg gegen die Sowjetunion veranlasste die sowjetische Staatsführung Bündnisse mit den bürgerlich-demokratischen Staaten zu suchen. Der Faschismus an der Macht wurde nun definiert als *»terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«* (Georgi Dimitrow auf dem VII. Weltkongress der Komintern). Das heißt, man wollte demokratische und faschistische Teile des Kapitals unterscheiden. Aber auch mit dieser Definition wird der Bewegungscharakter des Faschismus ignoriert und die faschistische Partei als willenloses Instrument der Herrschenden betrachtet. Er soll demnach nur das Instrument eines Teils der Bourgeoisie sein. Mit dem anderen Teil (den weniger reaktionären, weniger chauvinistischen, weniger imperialistischen Elementen) sollten die Kommunistischen Parteien Bündnisse schließen, um gemeinsam den Aufschwung des Faschismus aufzuhalten. In Frankreich und Spanien kam es so zu Volksfrontregierungen aus kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien. Um diese Koalitionen nicht zu gefährden, mussten die kommunistischen Parteien nicht nur auf eigene Forderungen verzichten, sondern sich auch aktiv an der Niederschlagung militanter Arbeiterkämpfe beteiligen. Aus Sicht der im spanischen Bürgerkrieg kämpfenden Mitglieder der KPD-O wechselte die Kommunistische Internationale mit der Volksfrontpolitik lediglich vom linken in den rechten Straßengraben. Wurden vorher die Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten« beschimpft, unterwarf man sich jetzt den sozialdemokratischen und bürgerlichen Bündnispartnern. (siehe Anhang: »Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich«).

GEGEN DEN STROM
ORGAN DER KPD (OPPOSITION)

Nr. 2
28. Januar

Herausgegeben von A. Thalheimer, H. Brandler, E. Hausen
Begründet von der KPD.-Ortsgruppe Breslau (Opposition)
Erscheint 14 tägl. Sonnabends — Postscheckkonto: H. Brandler, Berlin 478 96 — Telefon: E 3 Königstadt 2585
Abonnementspreis für das Vierteljahr 9,56 RM. — Durch die Post: 0,90 RM zuzüglich Bestellgeld. — Eingetragen in die Postzeitungsliste. — Erscheinungsort: Berlin. — Einsendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten an Junius-Verlag (Heinrich Brandler), Berlin NO 55, Schönlanker Straße 17

6. Jahrg. 1933
20 Pf.

Staatsstreichpläne, Faschismus und Arbeiterklasse

Dokumentation

Der folgende Teil enthält Ausschnitte aus der zeitgenössischen theoretischen Auseinandersetzung der KPD-Opposition mit dem erstarkenden deutschen Faschismus/ Nationalsozialismus.

Die originalen Texte wurden (teilweise stark) gekürzt. Die vollständigen Artikel sowie weitere Analysen der historischen Vorgänge in Deutschland und Westeuropa in den Jahren 1918 – 1933 finden sich in

- **Der Faschismus in Deutschland, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 – 1933, Bd. 1, 2. erweiterte Auflage 1981**
- **August Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? (1932) Nachdruck**
- **Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens, Artikel aus dem »Internationalen Klassenkampf« von 1935 bis 1939, Nachdruck.**

Die Publikationen können über die Redaktionsadresse der Arbeiterpolitik oder über arbeiterpolitik.de bestellt werden.

Was versteht man unter Faschismus?

August Thalheimer in »Junge Kämpfer«, Organ des Kommunistischen Jugendverbandes Opposition, Jg 1, Nr. 3, Juni 1929

PREIS 10Pfg

JUNGE KÄMPFER

ORGAN DES K. J. V. D. (OPPOSITION)

Was versteht man unter Faschismus?

Von A. Thalheimer.

Wenn man sich an den Sprachgebrauch hält, wie er heute in der Partei üblich geworden ist, so müßte man zu dem sehr einfachen Schluß kommen: Faschismus sei jeder Akt der Gewalt, der gegen die Arbeiterklasse geübt wird.

Nimmt man versuchsweise diese höchst "einfache" Erklärung an, so gerät man gleich in ein Netz von Widersprüchen. Nehmen wir beispielsweise Deutschland. Wurde im kaiserlichen Deutschland von Staatswegen Gewalt gegen die Arbeiterklasse geübt? Sicherlich. Es gab da 12 Jahre (1878—1890), in denen jede sozialdemokratische Betätigung verboten, unter Ausnahmegesetz gestellt war. Die sozialdemokratische Presse war unterdrückt. Jeder Arbeiter, der sich sozialistisch betätigte, konnte von der Polizei ausgewiesen und vom Richter ins Gefängnis gesteckt werden. Es war die Zeit des Sozialistengesetzes. Unzweifelhaft Gewalt, ja, systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse, gegen die sozialistische Bewegung.

War das Faschismus? Niemand hat das noch behauptet. Aber nach der obigen Beschreibung müßte Bismarck der erste Faschist in Deutschland gewesen sein. Haben die Noske, Ebert, Scheidemann Gewalt gegen die Arbeiterklasse angewandt? Zwanzigtausend gefallene Arbeiter bezeugen das. War das konterrevolutionäre Gewalt gegen die Arbeiterklasse? Ja. War das Faschismus? Nein.

Daraus scheint zu folgen, daß nicht jeder Akt der Gewaltanwendung oder jedes System der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse Faschismus sein kann. Die heute in der Partei übliche Erklärung ist also falsch; sie führt auf einen Holzweg. Wie kommt man aber zu einer solchen falschen Festlegung? Ganz einfach. Durch einen Trugschluß, wie er im täglichen Leben häufig vorkommt. Der Faschismus, so wie er in Italien, in Bulgarien usw. leibhaftig existiert, ist offene und systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse. Also folgert man: ist jede offene und systematische Anwendung von Gewalt gegen die Arbeiterklasse Faschismus. Faschismus ist, wenn Grezinsky die Maidemonstration der Partei verbietet, die 'rote Fahne' unterdrückt, den Roten Frontkämpferbund auflöst usw. Glücklicherweise wird die Richtigkeit von Begriffsbestimmungen nicht bestimmt von Partei-Instanzen, sondern durch die Tatsachen.

Aus den Tatsachen ergibt sich leicht die Korrektur der objektiven falschen Erklärung des Faschismus. Faschismus ist Gewalt gegen die Arbeiterklasse, aber nicht jede Gewalt gegen die Arbeiterklasse ist Faschismus. Faschismus ist eine besondere Form der Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse, und zwar der staatlichen Gewaltanwendung. Worin besteht diese Besonderheit?

Um das zu finden, stellen wir die Frage: wann unterscheidet sich die staatliche Gewaltanwendung auf Grundlage der bürgerlichen Demokratie von der faschistischen?

Die stillschweigende, unbewußte der oben gemachten Erklärung des Faschismus ist nämlich offenbar die, daß die bürgerliche Demokratie gegenüber der Arbeiterklasse ein sanftes, friedliebendes, die Gewalt verabscheuendes Geschöpf ist. Das stimmt aber weder mit den Tatsachen überein, noch mit den Grundlehren des Leninismus, der eine richtige Verallgemeinerung von Tatsachen ist. Um von Deutschland jetzt abzusehen; so wimmelt die Geschichte der III. Französischen Republik und der Vereinigten Staaten von Nordamerika von blutigen Gewaltakten der Staatsmacht gegen die Arbeiterklasse.

Der Staat der bürgerlichen Demokratie wendet Gewalt an gegen die Arbeiterklasse auf Grund von Gesetzen und vermittels von Behörden, die durch das allgemeine Wahlrecht zustande gekommen sind. Der Staat der bürgerlichen Demokratie duldet Arbeiterorganisationen und Arbeiterparteien, eine Arbeiterpresse usw.

Der Faschismus hebt das allgemeine Wahlrecht auf, er unterdrückt die Arbeiterpresse, die Arbeiterorganisationen, Arbeiterparteien. Er bindet sich in der Gewaltanwendung an keine Gesetze. Er stellt die offene Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse dar, im Gegensatz zu der verschleierten, sich an Gesetze bindenden des Staates der bürgerlichen Demokratie.

Die häufige gesetzliche Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse ist Vorarbeit, Vorübung für die ungesetzliche, diktatorische Gewaltanwendung, also für den Faschismus. Aber sie unterscheidet sich vom Faschismus, indem sie an der bürgerlich demokratischen Verfassung festhält. Der Übergang von der einen zur anderen ist ein Übergang von einem Typus der Verfassung in einen anderen. Ein solcher Übergang erfordert selbst einen gewaltsamen Umsturz, einen Staatsstreich, der die Voraussetzungen schafft, um die Organe der bürgerlichen Demokratie durch die des Faschismus zu ersetzen (die von der faschistischen Partei ernannt werden).

Die Gefahr des Faschismus wächst in Deutschland zusehends. Die sprunghafte Zunahme der Wahlstimmen der Nationalsozialisten bei den sächsischen Landtagswahlen ist ein Beweis unter anderen. Die Arbeiterklasse muß dem Faschismus, der die rücksichtsloseste Art ihrer Unterdrükkung darstellt, einen Kampf auf Leben und Tod liefern.

Um aber den Faschismus niederkämpfen zu können, muß man zuvor klar erkannt haben, was er ist, wo er steht. Betrachtet man die Sozialdemokratie als einen Teil des Faschismus, so heißt das darauf verzichten, alle Kräfte, auch die sozialdemokratischen Arbeiter (nicht die der Führung), die gegen ihn mobilisiert werden können, auch wirklich gegen ihn zu mobilisieren. Durch die Kraft der Kommunistischen Partei allein kann aber der Faschismus nicht geschlagen werden. Dazu gehört die Mehrheit der Arbeiterklasse, die der kommunistischen Führung folgt.

Diese Mehrheit zu gewinnen, das ist also das Erste, was geleistet werden muß, wenn die Kommunistische Partei den Kampf gegen den Faschismus siegreich führen will.

Über den Faschismus

August Thalheimer am 11., 18. und 25. Januar 1930 (Gegen den Strom, 3. Jg., Nr. 2,3 und 4)

Der beste Ausgangspunkt für die Untersuchung des Faschismus scheint mir die marxsche und engelssche Analyse des Bonapartismus (Louis Bonaparte) zu sein. Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus gleich. Aber es sind verwandte Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die beide herauszuarbeiten sind. (…)

Neben der Analyse der klassenmäßigen sozialen und historischen Wurzeln des Bonapartismus sieht er als Ergebnis nicht nur das Vorhandensein bestimmter Klassen in einer gegebenen Gesellschaft, sondern auch eines bestimmten geschichtlich produzierten und darum geschichtlich sich auflösenden Verhältnisses dieser Klassen, einer bestimmten geschichtlichen Lage. Er untersucht auch aufs genaueste die politischen Erscheinungsformen des Bonapartismus, ihre ideologischen Wurzeln und Ausdrücke, ihre staatliche und parteimäßige Organisation. Marx entwickelt im einzelnen, wie die französische Bourgeoisie nach 1846-49 angesichts der Erhebung der Arbeiterklasse in der Junischlacht, um ihre soziale Existenz zu retten, ihre *politische Existenz preisgibt*, sich der Diktatur eines Abenteurers und seiner Bande preisgibt.

»Indem also die Bourgeoisie«, sagt er, *»was sie früher als ›liberal‹ gefeiert, jetzt als sozialistisch verketzert, gesteht sie ein, dass ihr eigenes Interesse gebietet, sich der Gefahr des Selbstregierens zu überheben, dass um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisieparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müßte; dass die Privatbourgeoise nur fortfahren können, die anderen Klassen zu exploitieren und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen unter der Bedingung, dass ihre Klasse neben den anderen Klassen zur politischen Nichtigkeit verdammt werde; dass, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen soll, zugleich als Damoklesschwert über ihr eigenes Haupt gehängt werde.«* (Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, [MEW; Bd. 8], Unterstreichungen von mir. A. Th.)

Die Bourgeoisie ist also eine der sozialen Grundlagen des Bonapartismus, aber um ihre soziale Existenz in einer bestimmten geschichtlichen Lage zu retten, gibt sie die politische Macht preis – sie unterwirft sich »der verselbständigten Macht der Exekutivgewalt«. Die andere tiefe und breite soziale Wurzel der »Verselbständigung der Exekutivgewalt«, der Diktatur Bonapartes und seiner »Bande« ist der Parzellenbauer (der Zwerg- und Kleinbauer), und zwar nicht der revolutionäre, sondern der konservative Parzellenbauer, also nicht derjenige, der gegen die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse rebelliert, sondern derjenige, der sein bäuerliches Privateigentum erhalten und verteidigt wissen will gegenüber der drohenden proletarischen Revolution. Diese Verteidigung, diesen Schutz kann die Bauernklasse infolge ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Zersplitterung, infolge fehlender eigener ökonomischer und sozialer Organisation nicht selbst ausüben.

»Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse. Sie sind daher unfähig, ihre Klasseninteressen im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent, geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muss zugleich als ein Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluss der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, dass die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.«

Was die Arbeiterklasse anlangt. so macht sie beim Entstehen des Bonapartismus insofern mit, als sie zum revolutionären Sturm auf die bürgerliche Gesellschaft geschritten ist, sie in Furcht und Schrecken gejagt hat, aber sich noch nicht als fähig erwiesen hat, selbst die Gewalt an sich zu reißen und zu halten. Eine schwere Niederlage des Proletariats in einer tiefen sozialen Krisis ist also eine der Voraussetzungen des Bonapartismus. Andererseits ist der Bonapartismus in verschiedene Sektionen und Parteien gespalten: Die Zerklüftung der Bourgeoisie, das Hervortreten der Gegensätze zwischen ihren einzelnen Schichten ist ihrerseits wieder eine Wirkung der Niederlage der Arbeiterklasse (und darauf folgend das Kleinbürgertum). Die Exekutivgewalt erscheint jetzt der Bourgeoisie als der ersehnte Repräsentant des gemeinsamen Interesses ihrer einzelnen Schichten. die nicht mehr aus sich heraus diese Einheit zustandebringen.

Diesen Gesichtspunkt hebt besonders Friedrich Engels hervor, wenn er in der Einleitung zur dritten Ausgabe des *Bürgerkrieg in Frankreich* später sagte:

»Konnte das Proletariat (nach 1848) noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr. Wenigstens damals nicht, wo sie der Mehrzahl nach noch monarchistisch gesinnt und in drei dynastische Parteien und eine vierte republikanische gespalten war. Ihre inneren Zänkereien erlaubten dem Abenteurer Louis Bonaparte, alle Machtposten – Armee, Polizei, Verwaltungsmaschinerie – in Besitz zu nehmen und am 2. Dezember 1851 die letzte feste Burg der Bourgeoisie, die Nationalversammlung, zu sprengen.«

II.

(…) Marx gibt weiter im *18. Brumaire* eine Analyse des *Herrschaftsmechanismus* Louis Bonapartes, seiner *organisatorischen* Stützen und Mittel. Da ist zuerst die geheime Parteiorganisation Louis Bonapartes, die »Gesellschaft des I0. Dezember«.

Woraus besteht sie sozial?

- Es ist zunächst das *»Pariser Lumpenproletariat in Sektionen organisiert, an der Spitze bonapartistische Generäle«*.
- Dann *deklassierte Bourgeoiselemente*: »zerrüttete Rouès … Spieler. . . Literaten usw.«
- Weiter deklassierter Adel.
- Schließlich deklassierte bäuerliche Elemente.

Das Ganze fasst Marx unter dem Namen der «Bohème« zusammen. Es sind also *»Deklassi*erte *aller Klassen*«, aus denen Louis Bonaparte seine ihm eigentümliche Parteiorganisation bildet und die er als Vertrauensleute, Beamte usw. um sich gruppiert. Das ist natürlich kein Zufall, sondern liegt im Wesen der Sache. Wirtschaftlich und sozial

entwurzelte, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen sind der natürliche Stoff, die natürlichen Werkzeuge der »verselbständigten Exekutivgewalt«. In diesem gesellschaftlichen Abhub sind die Unterscheidungsmerkmale der Klassen verwischt. Er ist frei von den ideologischen usw. Bindungen an die einzelne Klasse, deren Abfall er ist, insofern kann er sich über sie erheben und zwischen ihnen lavieren. Andererseits: Er stellt nicht die revolutionäre, sondern die konterrevolutionäre Aufhebung dieser Klassenmerkmale vor, die Negation des bürgerlichen Klassenprinzips, *die innerhalb dieses Prinzips bleibt*... Und so sind diese Deklassierten aller Klassen *zugleich* Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft, und also fähig, indem sie ihre politische Herrschaft vernichten, zugleich ihre soziale Herrschaft zu verteidigen und zu schützen gegenüber der Klasse und den Klassen, die die revolutionäre Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, die gesellschaftliche Aufhebung des individuellen bürgerlichen Eigentums, vertreten, des industriellen Proletariats und der proletarisierten Teile des Bauerntums.

Ökonomisch haben diese deklassierten Elemente, die Parasiten aller Klassen, einen natürlichen Drang, sich in der Regierungsmaschine und der bonapartistischen Parteimaschine eine Existenzquelle zu sichern. Daher das ungeheure Anschwellen des verselbständigten Exekutivapparates. ... (…)

III.

Schließlich finden wir die zusammenfassende Charakteristik und Perspektive des Bonapartismus oder «Imperialismus« (nicht im modernen Sinne) als Form der bürgerlichen Staatsmacht in einer bestimmten Situation der bürgerlichen Klassengesellschaft im »*Bürgerkrieg in Frankreich*«. Hier sagt Marx:

»Das Kaisertum (…) gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf eine große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung des Trugbildes des nationalen Ruhmes. In Wirklichkeit war es die einzig mögliche Regierungsform in einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte.« (...)

IV.

Kommen wir nun zur heutigen Form der offenen Diktatur der Bourgeoisie in Italien, dem faschistischen Staat. Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die »Verselbständigung der Exekutivgewalt«, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspielung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Inneren. Der Herrschaftsapparat trägt ebenfalls dieselben Züge. Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der »Dezemberbande« Louis Bonapartes. Ihr sozialer Bestand: Deklassierte aller Klassen, des Adels, der Bourgeoisie, des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft. Was die

Was die Arbeiterklasse anlangt, so hängen hierbei zwei entgegengesetzte Pole der Deklassierung zusammen: unten das Lumpenproletariat, »oben« Teile der Arbeiteraristokratie und -bürokratie, der reformistischen Gewerkschaften und Parteien. Die Verwandtschaft trifft auch zu auf die bewaffnete Macht. Die faschistische Miliz ist sozial das Gegenstück zur bonapartistischen Armee. Wie sie ist sie Existenzquelle für deklassierte Elemente. Daneben besteht in Italien die Armee der allgemeinen Wehrpflicht. Sie findet kein Gegenstück in Frankreich. Der Existenz neben der faschistischen Miliz entspricht das Bedürfnis der Organisation der Wehrmacht unter imperialistischen Verhältnissen, das eine bloße Berufs- oder Söldnerarmee allen als ungenügend erscheinen lässt und Massenheere mit breitester Ausdehnung der Wehrpflicht fordert.

Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die »nationale« Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den »Helden« des Staatstreichs.

(…) Die Bourgeoisie, sagt er weiter, erblickt in ihm den ersten »großen Staatsmann«, Fleisch von ihrem Fleische – er ist wie sie Emporkömmling. Auch Mussolini ist Emporkömmling, Maurersohn. Den veränderten Zeiten entsprechend ist jetzt der Emporkömmling aus der Abeiterklasse geeigneter als der aus dem Kleinadel, wie dies bei Bonaparte der Fall war.

(...) Die inneren Widersprüche des Systems sind hier wie dort wesensverwandt. Der Widerspruch zwischen der materiellen und sozialen Stärkung der Bourgeoisie, bei ihrer politischen Niederhaltung. Der Schein der Beschützung der materiellen Interessen des Proletariats bei ihrer wirklichen Auslieferung an das Kapital. Der faschistische Staat als »Vermittler« zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der sich als solcher ständig in praktischen Widersprüchen bewegen muss. Dasselbe in Bezug auf die Bauern und Kleinbürger. Der Faschismus und Bonapartismus haben der bürgerlichen Gesellschaft »Ruhe und Sicherheit« versprochen. Aber um ihre Unentbehrlichkeit als permanente »Retter der Gesellschaft« zu erweisen, müssen sie die Gesellschaft ständig als bedroht erscheinen lassen: also beständige Unruhe und Unsicherheit. Die materiellen Interessen der Bourgeoisie wie der Bauernschaft erfordern sparsame Staatswirtschaft, ein »Regime der Ökonomie«. Das materielle Interesse der Parasitenbande, die die faschistische Parteiorganisation, die faschistischen Staats- und Gemeindebeamten, die faschistische Miliz zusammensetzen, erfordern umgekehrt die ständige Erweiterung und Bereicherung der faschistischen Staats- und Parteimaschine. Daher abwechselnde Verletzung beider Interessen. Jede Zügelung der faschistischen Bande im Interesse der bürgerlichen »Ruhe und Ordnung« wie ihrer Ökonomie muss alsbald kompensiert werden durch eine neue Erlaubnis zu terroristischen Exzessen, Plünderungen usw.

Die inneren Widersprüche, wie die national-imperialistische Ideologie, treiben den Diktator zu Vorstößen nach außen, schließlich zum Krieg. ...

(…) Welche wesentlichen Unterschiede bestehen zwischen Bonapartismus und Faschismus? Sie sind teils lokal bedingt – durch die lokale Verschiedenheit der Klassenverhältnisse, geschichtlichen Traditionen usw. In Frankreich und Italien wurzeln sie teils in der Veränderung des allgemeinen Charakters der bürgerlichen Gesellschaft und des kapitalistischen Systems. ...

(…) Ein (…) Unterschied, der durch die allgemeine Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und den Stand des internationalen Klassenkampfes bedingt ist, zeigt sich in den organisatorischen Grundlagen und Mitteln der faschistischen Staatsmacht. Die »Dezemberbande« von Louis Napoleon war das Gegenstück zu der kleinen revolutionären Geheimorganisation der damaligen französischen Arbeiterklasse. Die faschistische Partei ist das konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Sie ist also, im Unterschied von der Louis Napoleons, von vornherein eine breite Massenorganisation. Das macht sie in gewissen Stadien stärker, aber steigert auch die Widersprüche in ihrem Innern, die Widersprüche zwischen den sozialen Interessen dieser Massen und dem Interesse der herrschenden Klassen, denen sie dienstbar gemacht wird.

(…) In Polen (…) spielt bereits ein Faktor hinein, der in Spanien und in einer Reihe anderer Länder ausschlaggebend ist und dort die »faschistische Staatsmacht« nur äußerlich dem italienischen Faschismus und dem französischen Bonapartismus an die Seite stellt, während das klassenmäßige Wesen grundverschieden ist. Ich wähle zur Illustration die extremen Fälle des Regimes, der Formen der Staatsmacht in südamerikanischen Republiken. Auch hier ist das Heer Träger der politischen Macht, die Exekutive verselbständigt. Gewöhnliche politische Kursänderungen vollziehen sich in Militärputschen, die, obwohl äußerlich gewaltsam, keineswegs revolutionär sind, da sie an dem bestehenden Machtverhältnis der Klassen grundsätzlich nichts ändern.

Hier ist die Militärdiktatur, die Verselbständigung der Exekutive nicht Wirkung der »vollentwickelten bürgerlichen Gesellschaft«, ihrer Überreife, ihrer Bedrohung durch die proletarische Revolution und der Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft, sich dagegen schließlich zu verschanzen, sondern gerade umgekehrt. Es ist hier die *Unreife* der bürgerlichen Entwicklung, die zahlenmäßige und organisatorische Schwäche der Bourgeoisie, der noch feudale Grundbesitzelemente gegenüberstehen, die es noch nicht zu einer starken politischen Organisation der Bourgeoisie kommen lässt. Das Heer, vielmehr sein Offizierkorps, ist hier die festeste und entwickeltste politische Organisation. Es übt die Herrschaft aus an Stelle der Bourgeoisie, die sie noch nicht ausüben kann. Im Fall des Bonapartismus und des italienischen Faschismus konnte sie sie in der gegebenen Situation des Klassenkampfes nicht mehr ausüben.

Unter demselben äußeren Anstrich des Faschismus (wie in Spanien) verbergen sich also total verschiedene Klassenverhältnisse, Stufen des Klassenkampfes, Entwicklungsstufen der bürgerlichen Gesellschaft.

(…) Ziemlich allgemein ist heute in der Bourgeoisie vollentwickelter kapitalistischer Länder das Bestreben, das parlamentarische System abzubauen, einzuengen, stärkere politische Garantien für die Bourgeoisieherrschaft zu schaffen. Solche Strömungen sind vor allem sichtbar in solchen hochkapitalistischen Ländern wie England, Deutschland, Frankreich, die durch das Ergebnis des Krieges mehr oder weniger sozial und ökonomisch erschüttert worden sind. *Das bewegt sich in der Richtung des Faschismus*, es *kann* in kritischen Situationen zu Formen offener Diktatur des Kapitals führen. Aber diese müssen nicht identisch sein mir denen des Faschismus.

Dabei ist noch folgendes sich klar zu machen. Die *Aushöhlung* des bürgerlich-parlamentarischen Regimes erfolgt *schrittweise*. Und die Bourgeoisie selbst ist dabei der Hauptagent. Marx´ 18. Brumaire schildert gerade diesen Aushöhlungsprozeß in seinen einzelnen Etappen. Die Herstellung der offenen Diktatur selbst kann aber nur durch einen Sprung, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist. Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial »gerettet« und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsstreiches oder Putsches. Das Individuum oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist. Die entsprechenden Organisationen fördert die Bourgeoisie selber aktiv oder passiv.

Das Noskeregiment in Deutschland war zweifellos ein Regiment offener konterrevolutionärer Gewalt. Aber die Form der Staatsmacht war nicht die faschistische. Das Noskeexperiment war keine »Verselbständigung der Exekutive«. Es führte, da es eine Säbelherrschaft herstellte, dazu, dass ein Versuch in dieser Richtung erfolgte. Dieser Versuch der militärischen Exekutivgewalt, der Kapp-Putsch, schlug aber fehl.

August Thalheimer im Exil in Havanna (Kuba)

Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft

August Thalheimer am 9. März 1929 (Gegen den Strom, 2. Jg., Nr. 10)

Zum Hintergrund des Artikels:
Bei den Wahlen zum Reichstag 1928 wurde die SPD stärkste Partei. Die SPD strebte eine Koalition auch mit rechtskonservativen Parteien wie der DVP an. Obwohl diese Koalition im Parlament über eine eindeutige Mehrheit verfügte, konnte Reichskanzler Hermann Müller erst im April 1929 eine komplette Regierung vorstellen. Die Gegensätze zwischen den Parteien erschwerten die Koalitionsverhandlungen und wurden an mehreren Punkten deutlich. So bei der Diskussion um den Young-Plan, der die deutschen Reparationszahlungen an die Siegermächte regeln sollte. Umstritten war auch die Unterstützung ausgesperrter Metallarbeiter an Rhein und Ruhr, nachdem die Arbeitgeber einen eigentlich verbindlichen Schiedsspruch abgelehnt hatten. Die Aussperrung dauerte von Oktober bis Dezember 1928 und brachte große Teile auch der bürgerlichen Öffentlichkeit gegen die Unternehmer auf. Als die Regierung den Ausgesperrten finanzielle Unterstützung gewährte, suchten die Arbeitgeber verstärkt nach politischen Alternativen zum parlamentarischen System. Politiker rechter Regierungsparteien griffen diese Diskussion auf.

Die bürgerliche Presse, die Parlamente, die bürgerliche »öffentliche Meinung« ist voll von der »Krise des Parlamentarismus« in Deutschland. Die bürgerlichen Parlamentarier, die Minister üben »Selbstkritik« unter dem »Druck von außen«, der Bourgeoisie außerhalb des Parlaments. Allerlei Rezepte werden vorgeschlagen, um die Krise zu beheben. Es ist natürlich nicht die Aufgabe der Kommunisten, der deutschen Bourgeoisie Ratschläge zu geben, wie der bürgerliche Parlamentarismus in diesem Lande auf den Trab gebracht werden kann. Dies um so weniger, da es in Wirklichkeit unter den in Deutschland gegebenen Klassenverhältnissen überhaupt kein Rezept dafür gibt. Die Ursache dieser Krise, die weit über eine Krise des Parlamentarismus hinausreicht und in Wahrheit die sich *entwickelnde Krise der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland* ist, liegen in der Tiefe der wirtschaftlichen Umschichtung, die hier vor sich geht. Dies soll im folgenden näher begründet werden. Die vulgär-demokratische Seichtigkeit glaubt, es handele sich in Deutschland darum, dass der deutsche Parlamentarismus sozusagen noch nachlerne, was der englische und französische als der ältere, geschultere, bereits gelernt, als ob es sich um »Kinderkrankheiten« des deutschen Parlamentarismus handele. Aber der Parlamentarismus in England befindet sich heute in einer verhüllten, der in Frankreich in einer offenen Krise. Es handelt sich also um etwas ganz anderes. Die bürgerliche Demokratie, Spätgeburt, wie die ganze bürgerliche Entwicklung in Deutschland, ist in der fatalen Lage, dass sie zerfällt, sich zersetzt, verfault, noch ehe sie eine Blütezeit gehabt hat.

Aufgabe der Kommunisten ist es, der Arbeiterklasse zu zeigen, was hier vor sich geht: was das wirkliche Wesen dieser Krise ist, woher sie kommt, wohin sie führt, wie ihr zu begegnen ist. Hier kommt alles darauf an, die vor sich gehende Entwicklung *in ihrer Bestimmtheit, in ihren eigentümlichen Zügen* zu erkennen. Bis jetzt haben wir weder in unserer Parteipresse noch sonstwo auch nur eine Spur davon bemerkt. Über dem allgemeinen Gerede von der faulen Stabilisierung, über dem endlosen Wiederkäuen fertiger Formeln denkt niemand daran, die wirklichen Erscheinungen der Zersetzung auf dem politischen Gebiet zu untersuchen, um sie sich und anderen klar zu machen. (…) Was jetzt in der politischen Sphäre vor sich geht, ist die allmähliche, schrittweise Vorbereitung einer gewaltigen politischen Krise. Verfolgt man nicht ebenso Schritt für Schritt ihre Vorbereitungen, gibt man sich nicht wenigstens in den großen Umrissen Rechenschaft, wohin diese Selbstzersetzung der bürgerlichen Demokratie führt, so wird der Schlag überraschend kommen, er wird die Partei und die Arbeiterklasse unvorbereitet treffen (eine wirkliche Vorbereitung erfordert Einsicht in die konkrete Situation und ihre konkrete Entwicklung, nicht das bloße Ableiern der abstrakten Formeln, die eben wegen ihrer Abstraktheit die bestimmte Lage nicht erleuchten und nichts in Bewegung setzen).

Was geht vor? Die Reden einiger bürgerlicher Parteiführer wie einige Äußerungen der bürgerlichen Presse sind hier sehr vielsagend.

Eine der aufschlussreichsten in dieser Hinsicht ist die Rede Stresemanns vor dem Zentralausschuss der Deutschen Volkspartei (vom 26.Februar). Sie wendet sich scharf gegen die Abhängigkeit der Regierung von den parlamentarischen Parteien: Parlamentarismus sei die Verantwortlichkeit des Reichsministers gegenüber dem Parlament, das ihm mit Mehrheit das Vertrauen entziehen und ihn zur Amtsniederlegung zwingen könne. Der Parlamentarismus bedinge aber nicht, dass der Minister Parteimann sei oder dass die Verteilung der Ministersitze nach der Stärke der Fraktionen erfolge. Der Reichspräsident ernennt die Minister. Der Minister soll Eintreten oder Ausscheiden aus der Regierung auf persönliche Verantwortung nehmen. Der Reichspräsident sei aber nicht einfach eine *»Unterzeichnungsmaschine«*. Er kann einen Kampf gegen das Parlament führen, das ein Kabinett nach seinen Wünschen nicht annimmt. Das *»Machtwort des Reichspräsidenten«* müsse im Notfall eingreifen. Eine Reichsregierung könne auch ohne Mehrheit regieren. Sie müsse unter Umständen auf dem Platz bleiben, *»auch wenn die Mannschaft zur Meuterei neigt.« »Höher steht das persönliche Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat als die Rücksicht auf die Partei.«* Im Lande wachse der degout (der Widerwille) gegen die Verhandlungen um die Regierungsbildung. Das Anziehen der Steuerschraube verhindere die Bildung von Kapitalreserven. Es bedroht den Bestand des *»industriellen Mittelstandes«*, des selbständigen Unternehmertums, *»das noch nicht die Form der Gesellschaft angenommen hat.«* Dieser industrielle Mittelstand verfalle wegen des Fehlens der Kapitalbildung einem *»schnellen Sterben«*. Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor den Trusts auf der einen und vor einer Millionenschar der Angestellten und Arbeiter auf der anderen Seite. Stresemann spricht in diesem Zusammenhange vom *»Sinken der persönlich selbständigen Energien bis auf den Nullpunkt.«* Der Wettstreit der Parteien und die Popularitätshascherei müssen aufhören. Er ist für die

Einschränkung des Etatsrechts des Reichstags. *»Volksnot geht über Etatsrecht!«* Gegenüber der parlamentarischen Parteiwirtschaft herrsche draußen Resignation, Nichtachtung, ja Verachtung. Die bürgerliche Jugend halte sich fern vom Parteileben, Das Übel sei die Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation. Vom Faschismus sei man noch weit entfernt. Eine Reform des Parlamentarismus sei nötig. Eine Begrenzung der Macht des Parteigeistes. Wenn keine sachliche Mehrheit im Reichstag zustande komme, dann müssten *»verantwortungbewusste Persönlichkeiten den Mut finden zu regieren«*. Gerade ein Gegner faschistischer Ideen müsse dringend warnen vor dem Zerrbild des Parlamentarismus, das jetzt dem Volke gezeigt wird und ihm die Freude an der Politik nimmt. Der Gedanke der Weltanschauungsparteien sei stark zurückgedrängt durch die Interessenvertretungen.

Dieselben Töne findet man in dem Artikel der »Frankfurter Zeitung« (vom 27. Februar), der die Ansicht der jüngeren bürgerlichen Generation wiedergeben will. Auch hier ist die Rede von der *»Krise des Parlamentarismus«*. *»Die Angelegenheit ist für uns Junge im Gefühl entschieden«*. Rückkehr zum aristokratisch-absolutistischen Staate komme nicht in Frage. Der Artikel wendet sich gegen den *»Parteienparlamentarismus«*, gegen den *»Parteiismus«*. Notwendig sei eine *»Auflockerung des Parteiwesens«*, Parteibildung aus jeweils akuten Anlässen heraus, die »Einmännerwahl«.

Der demokratische Reichsjustizminister Koch-Weser in einer Rede zu Hannover (vom 24. Februar): *»Wir haben keinen Parlamentarismus, sondern Parteiismus. Gegen die Starrheit der Parteien für eine tatkräftige und verantwortungsbewußte Demokratie.«*

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« (vom 26. Februar):

Man flüstert nicht mehr, sondern spricht schon recht vernehmlich von der Diktatur. Es herrscht Widerwillen gegen die Doppelzüngigkeit der Parteien, insbesondere der sogenannten bürgerlichen. Im engen Kreise gebärden sie sich als Gralshüter der individualistischen Wirtschaft. Auf der Tribüne aber treibe man Agitation um der Agitation willen, Popularitätshascherei. In Wirklichkeit aber herrsche der *»grüne Tisch der Bürokratie unter gütiger Mitwirkung einiger Reichstagsabgeordneter«*.

In Deutschland gäbe es keine Diktatur, einmal weil es keine Diktatur gäbe, dann, weil die Diktatur die Einheit des Reiches in Gefahr bringt. Man brauche eine Reform der Verfassung durch ein *Ermächtigungsgesetz*, die *Neubegründung wirklicher Staatsautorität*.

Im Reichstag wurde über das Thema »Die Krise des Parlamentarismus« verhandelt bei Gelegenheit des volksparteilichen Antrags, der das Etatsrecht des Reichstags einschränken will und für den Sturz der jeweiligen Regierung eine 2/3-Mehrheit fordert. Die Deutschnationalen forderten bei dieser Gelegenheit die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten und ließen erklären, sie hoffen auf eine Volksbewegung in diesem Sinne. Der Sozialdemokrat Landsberg erläuterte den Herrschaften, der Parlamentarismus sei kein Gewächs der Novemberrevolution, sondern bereits im Herbst 1918 von den damals Verantwortlichen geschaffen worden, um die Verantwortung von sich abzuladen. Man brauche keine neuen Maßregeln, sondern *»Männer von Verantwortungsgefühl und Pflichtbewusstsein«*. Der Sprecher des Zentrums, Bell, erklärte, seine Partei halte am Budgetrecht fest. Man müsse zu einer »Veredelung« des Parlamentarismus kommen. Nicht Diktatur, sondern »starkes Parlament und starke Regierung«.

Zu den symptomatischen Tatsachen gehört noch die Mandatsniederlegung des Großindustriellen Lammers von dem größten deutschen Trust, der IG Farben, vom Zentrum. Sie wurde von ihm demonstrativ begründet mit *»grundsätzlichen Erwägungen wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus«*.

Dazu gehört noch das Vorsprechen der *Stahlhelmführer* bei *Hindenburg* und die Erklärung Hindenburgs, dass er Ehrenmitglied bleibt, nachdem die Stahlhelmführer eine natürlich vorher abgekartete Erklärung über die Harmlosigkeit und Legalität ihrer Absichten gegeben hatten.

Weiter muss hier noch eine vielsagende Äußerung des Volksparteilers Zapf im Reichstag angeführt werden, die besagt: »*Die Diktatur sei ein Sprung ins Dunkle, zumal sie nur durch einen blutigen Bürgerkrieg möglich wäre*«.

Und schließlich die Tatsache des Ganges von *Hermann Müller* zu *Hindenburg*, um sich die Weiterführung der Regierung auch ohne feste Mehrheit im Reichstag bestätigen zu lassen.

Das Bild, das sich aus alledem ergibt, ist für den mit der Geschichte der Bourgeoisie Bewanderten nicht ganz neu. Zug um Zug wiederholen sich hier Erscheinungen aus der Vorbereitungszeit des Bonapartismus in Frankreich 1849/50 und aus der Vorbereitungszeit des Faschismus in Italien und in Polen. Der Widerwille der Bourgeoisie gegenüber ihren eigenen parlamentarischen Parteien und Vertretern, als Echo darauf die Verächtlichmachung der Parteien und des Parlaments durch sich selber, der Ruf nach größerer Unabhängigkeit der Regierung gegenüber dem Parlament und seiner Parteien, nach größerer Selbständigkeit der Exekutive, nach der Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, nach »Persönlichkeiten«, die führen, die das Parlament und die Parteien zwingen. Diese Züge gehen mehr oder weniger durch alle bürgerlichen Parteien, bis zur Sozialdemokratie (siehe die Schlußwendungen Landsbergs und den Gang Hermann Müllers zu Hindenburg). Gleichzeitig aber wendet man sich gegen die Diktatur. Darauf beruhte die Stärke des englischen und französischen Parlamentarismus. In dem steigenden ökonomischen Druck des Trustkapitals auf die Volksmassen beruht die latente Krise des Parlamentarismus in England, seine offene in Frankreich und in Deutschland.

Der Druck des Trustkapitals in Deutschland auf die Volksmassen aber wächst zusehends. Der »industrielle Mittelstand« wird zerrieben, das Monopolkapital hat bereits eine eigene und höhere Profitrate für sich herausgebildet. Gleichzeitig Druck auf die Löhne und Soziallasten. Die Folge davon: langsam aber stetig wachsender Gegendruck von unten, Radikalisierung des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse. Die Maiwahlen 1928 zeigten bereits diese Erscheinung, die sich in sehr mannigfaltigen, bunten Formen vollzieht

Die absinkende Konjunktur verschärft und beschleunigt diesen riesenhaften Prozeß. Die Lage des deutschen Trustkapitals auf dem Weltmarkt veranlasst es, den Druck zu steigern. Der Kampf um den Etat ist der Kampf um die Abwälzung der Steuerlasten von der Bourgeoisie, um den Abbau der Soziallasten, um so größere Bewegungsfreiheiten des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum überhaupt.

Was hier vor sich geht, das ist die *ideologische Vorbereitung des Bodens für die offene Trustdiktatur durch die bürgerlichen Parteien selbst, deren Verwirklichung die Vernichtung dieser selben politischen Parteien und damit der politischen Existenz der Bourgeoisie voraussetzt.*

Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen. Die Bourgeoisie selbst spricht es klar aus, dass dies nur durch einen Bürgerkrieg vollführt werden kann. Davor schreckt sie heute noch zurück. Es bedarf dazu einer Vorbereitung von langer Hand und einer akuten politischen und sozialen Krise. Heute wäre es für sie noch ein »Sprung ins Dunkle«. Und für diesen Sprung selber braucht es einen Springer außerhalb, über oder unter den Reihen der parlamentarischen Politiker. Der Diktator ist noch nicht da. Sind aber die Bedingungen geschaffen – so wird sich die benötigte Figur irgendwie und irgendwo finden. Das braucht kein »Heros«, nichts Außerordentliches zu sein. Sind die sozialen und politischen Bedingungen sonst dafür bereit, so genügt, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, die ordinärste Blechfigur dafür. Die deutsche Bourgeoisie ist schon sowieso gewohnt, sich aus den nichtsagendsten Figuren ihre Idole zu machen.

Was aber liegt dieser Entwicklung zugrunde? Letzten Endes ist es der Widerspruch zwischen der steigenden ökonomischen und sozialen Macht einer kleinen Zahl von Trustmagnaten, deren Zahl immer mehr zusammenschrumpft, und den Formen der bürgerlichen Demokratie, die an proletarische und kleinbürgerliche Massen appellieren muss, die ihrerseits in steigenden Gegensatz zum Trustkapital geraten.

Die parlamentarisch-demokratische Herrschaft des Trustkapitals setzt die willige Gefolgschaft des Kleinbürgertums und mindestens der ausschlaggebenden Teile der Arbeiterklasse voraus. Diese aber beruht nicht auf irgendwelchen Kunststücken, die etwa die englische oder französische Bourgeoisie gelernt hätte, die deutsche aber noch nicht. Sie ist nur möglich in einer Situation, wo der Kapitalismus noch im Aufstieg ist, wo er dem Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse (mindestens ihrer Oberschicht) noch Aufstiegsmöglichkeiten zeigt.

Aus dieser tiefen ökonomischen und sozialen Grundlage der sogenannten Krise des Parlamentarismus ergibt sich, dass es utopisch wäre, an die Möglichkeit zu denken, dass der Parlamentarismus in Deutschland noch imstande wäre, sich zu den »klassischen« Formen zu entwickeln, wie die englische oder französische Bourgeoisie ihn entwickelt hat. Diese »klassische« Zeit ist in England wie in Frankreich im Verschwinden oder schon verschwunden. Im wesentlichen auf Grund derselben großen ökonomischen Tatsachen, die in Deutschland die Herausbildung des Parlamentarismus in klassischer Form erst gar nicht zustande kommen lassen. Eine solche Entwicklung in Deutschland setzte voraus eine Rückentwicklung zum klassischen Kapitalismus und das Übergewicht auf dem Weltmarkt. Sie ist daher unmöglich. Sie ist dieselbe Utopie, wie die Rückkehr vom Schutzzoll zum Freihandel, vom Monopol zur freien Konkurrenz.

So reift also Schritt für Schritt die *Krise des Parlamentarismus* in Deutschland heran, die in eine *Krise der bürgerlichen Herrschaft überhaupt auslaufen* muss. Denn zu ihrer Durchsetzung bedarf es des Bürgerkrieges, wie der volksparteiliche Abgeordnete Zapf ganz richtig bemerkte.

Wie aber diese Krise, wenn sie akut wird, gelöst wird, revolutionär oder konterrevolutionär, *das hängt in beträchtlichem Maße von der Kommunistischen Partei ab*. Davon, ob sie sich mit den werktätigen Massen und ihren Kämpfen zu verbinden weiß oder ob die von der bürgerlichen Demokratie und von den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie enttäuschten Massen den Stimmungen der Passivität, der politischen Gleichgültigkeit und der politischen Unorganisiertheit zum Opfer fallen.

Die tödliche Gefahr des heutigen Kurses der Partei besteht darin, dass er objektiv die letztere Entwicklung fördert. (…)

Es versteht sich dabei, dass die Partei jeden Eingriff, um die bürgerliche Demokratie nach rückwärts zu revidieren, *aktiv abwehren muss*. Nicht, weil sie glaubt, die bürgerliche Demokratie sei zu retten, aber weil dieser Gang das Mittel ist, um die wirkliche Rolle der bürgerlichen und reformistischen Prediger der Demokratie durch ihr Verhalten vor den Massen klarzustellen. Und weil die aktive Abwehr der reaktionären Angriffe gegen die bürgerliche Demokratie Voraussetzung ist zur Mobilisierung der Massen für den Kampf um die Rätediktatur.

Niemand kann heute wissen, wann die Krise der bürgerlichen Herrschaft in Deutschland, die sich in der Krise des Parlamentarismus ausdrückt, akut wird, wann die auf diesem Gebiet sich entwickelnden Widersprüche zum offenen Ausbruch kommen. Aber das kann man jedenfalls wissen, dass die Partei, wenn sie weiter den Kurs auf Sandbänke und Klippen hält, als Gegenkraft gegen diese Entwicklung ausfällt, ja, dass sie ihr, wenn noch so unbewußt, in die Hände arbeitet. **Blindheit ist keine Entschuldigung vor der Geschichte.**

POSTKARTE

Entwurf von Heinrich Vogeler. Der Überschuß aus dem Kartenvertrieb fließt der Internationalen Hilfsvereinigung (IHV) zu. Herausgeber Junius-Verlag Inh. Heinrich Brandler, Berlin **PREIS 10 Pfg.**

Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution

August Thalheimer am 20.September 1930 (Gegen den Strom, 3.Jg., Nr.38)

Zum Hintergrund des Artikels:
Mit der Weltwirtschaftskrise und der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit verschärften sich die Gegensätze innerhalb der Koalition aus SPD und bürgerlichen Parteien. Vor allem die Frage der Haushaltskonsolidierung und der Reform in der Arbeitslosenversicherung konnte keine Einigkeit erzielt werden. Dies führte im März 1930 zum Scheitern des Kabinetts von Hermann Müller. Bei den Reichstagswahlen 1930 konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil von 2,6 Prozent auf 18,3 Prozent erhöhen. Die SPD hingegen verlor 5,3 Prozentpunkte ihrer 29,8 Prozent von 1928. Die KPD steigerte ihren Anteil von 10,6 auf 13,1 Prozent.

Das ist die Signatur der Lage. Die Arbeiterklasse tut gut daran, sich diese Tatsache durch keinerlei Redensarten vernebeln zu lassen, weder durch die »kommunistische« Prahlerei darüber, dass die Kommunisten die Sieger des Wahlkampfes sind (solche Prahlerei im Widerspruch zu den Tatsachen ist ganz unkommunistisch), noch durch die billigen sozialdemokratischen Trostgründe, dass die nationalistische Flut »von selber« wieder zurückgehen werde, noch durch die lächerlichen Redensarten der liberalen Presse, dass eben die »Unvernunft« gesiegt habe, woraus der zufriedenstellende Schluß folgt, dass die liberale »Vernunft« sich wieder einstellen wird. Wenn die »Izvestia«, das Organ der Sowjet-Exekutive, im selben Stil meldet, dass die »Panik« des Kleinbürgertums sich in den nationalsozialistischen Wahlstimmen ausdrücke, so braucht man dagegen nur die Frage aufzuwerfen, warum denn die Panik und Verzweiflung des Kleinbürgertums und beträchtlicher Schichten der Arbeiterklasse sich nicht in einem kommunistischen Aufschwung in diesem Maße ausdrückt?

Die Tatsache des Aufschwungs der faschistischen Konterrevolution muss erkannt und anerkannt werden, nicht um sich davor zu beugen, nicht um sie als unabwendbares Schicksal anzuerkennen, sondern weil die Erkenntnis dieser Tatsache und ihrer Ursachen die unumgängliche Voraussetzung dafür ist, um mit ihr fertig zu werden, um den Gang der Entwicklung noch zu *wenden*. Die Täuschung über die Lage kommt nur dem Gegner zugute. Sie ist kein Zeichen der Stärke des revolutionären Optimismus, sondern des Gegenteils, der *inneren Schwäche, Unsicherheit und Kopflosigkeit*.

Diese ist so groß, dass man nicht einmal den vollen Umfang des faschistischen Wahlsieges klar zu sehen vermag. Dieser drückt sich nämlich nicht nur aus in den 6,4 Millionen national-sozialistischen, sondern auch in den 2,5 Millionen Hugenbergscher (=DNVP, d. Hg.) Wahlstimmen. Das sind zusammen 8,9 Millionen faschistischer Wahlstimmen und 107 plus 41 = 148 Mandate. Hugenberg ist nicht ein Geschlagener des Wahlkampfes, wie die liberale Dummheit ausposaunt, sondern einer der *Sieger*. Man muss den Hitler-Hugenbergschen Block als ein Ganzes rechnen. Dieser faschistische Block rangiert dann nach der Zahl der Wahlstimmen und Mandate nicht an der zweiten, sondern an der ersten Stelle. Der faschistische Block ist als absolut stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Zusammengehauen sind die bürgerlichen *Mittelparteien*. Die *Deutsche Volkpartei* hat ein Drittel ihrer Stimmen verloren. Die Demokraten in der Gestalt der *Deutschen Staatspartei* haben ein Fünftel ihrer Stimmen verloren. Und sie haben ihre Verluste auf dieses Maß nur eindämmen können, weil sie mit den Jungdo-Leuten (=Jungdeutscher Orden, d. Hg.) eine Partnerschaft eingingen. Ohne das wären sie noch viel stärker aufgerieben worden. Aufgerieben worden sind ferner die *rechten Splittergruppen*, die sich von Hugenberg abtrennten, die *Konservativen unter Westarp und Treviranus* und die *Landbundleute unter Schiele*. Der Versuch Brünings, die parlamentarische Stütze seiner Regierung nach Rechts zu erweitern, hat elend Schiffbruch erlitten. Das *Zentrum* selbst hat zwar noch Stimmen und Mandate gewonnen, aber seine *relative Stärke,* gemessen am Anteil an den Gesamtwahlstimmen, ist *ebenfalls zurückgegangen*. Das Zentrum hat sich gehalten, durch scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie, durch Hervorheben des religiösen Moments, durch vollen Einsatz seiner Pfaffenherrschaft, durch eine *ausgesprochene Rechtswendung*, politisch und kulturell. Im ganzen ist der Brüning-Regierungsblock mit noch verminderter parlamentarischer Stärke aus dem Wahlkampf hervorgegangen. *Parlamentarisch ist er heute in einer hoffnungslosen Minderheit*.

Der *Wahlaufstieg der Nationalsozialisten* ist ohne Beispiel in der bürgerlichen Republik. Die Stimmenzahlen der Nationalsozialisten haben sich in etwas über zwei Jahren *verachtfacht*. Die Zunahme umfaßt ebenso hochindustrielle wie großagrarische und bäuerliche Gebiete: *Westfalen-Nord* (von 12 auf 162 Tausend Stimmen), *Düsseldorf-Os*t (von 20 auf 210 Tausend), *Chemnitz-Zwickau* (von 41 auf 265 Tausend Stimmen), *Ostpreußen* (von 8 auf 235 Tausend), *Oberbayern-Schwaben* (von 72 auf 218 Tausend), *Württemberg* (von 22 auf 135 Tausend), *Baden* (von 26 auf 256 Tausend).

Was bedeutet der faschistische Wahlerfolg für das Bürgertum als Klasse? Sowohl *die führenden Schichten des Großbürgertums* als die bürgerliche und kleinbürgerliche Masse wandert beschleunigt ab ins Lager des Faschismus, spricht sich gegen Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie und für die faschistische Diktatur aus. Was die wirtschaftlich führenden Schichten des Großbürgertums anlangt, so sind folgende Tatsachen kennzeichnend: Die Führer der industriellen Verbände haben *öffentlich* noch zur Stimmabgabe für die verfassungstreuen Parteien aufgefordert, geheim aber haben sie die Wahlkasse der Nationalsozialisten mit Millionen gespickt. Was die Großgrundbesitzer betrifft, so hat der Landbund sich *offiziell* hinter Schiele gestellt. Aber die Junker haben die Landarbeiter und die anderen wirtschaftlich von ihm abhängigen Kreise für Hitler und Hugenberg abkommandiert. »Sie predigen öffentlich Wasser und tranken heimlich Wein.«

Wie steht es im Lager der Arbeiterklasse? Auch hier hat der Faschismus bereits einen tiefen Einbruch gemacht. Die Sozialdemokratie hat eine ernste, schwere Niederlage erlitten, *trotzdem* der stärkste organisatorische Apparat, der in Deutschland vorhanden ist, der der *Gewerkschaften* sich ungehemmt für sie einsetzte, trotzdem die Wahlarbeit der Sozialdemokratie alles bisherige übertraf, trotzdem die Sozialdemokratie alles tat, um die Aufmerksamkeit der Massen von den Früchten der zweijährigen Koalitionspolitik abzulenken, trotzdem sie in ihrer Massenagitation die rote Farbe in den Vordergrund stellte. Was die Sozialdemokratie

schlug, waren nicht nur die bitteren Früchte der Koalitionspolitik der jüngsten Vergangenheit, sondern ebenso sehr das Zusteuern auf neue Koalitionspolitik. *Ein guter Teil der Gewerkschaftsmitglieder versagte den Gewerkschaftsführern die Gefolgschaft.* Die Niederlage der Sozialdemokratie im Wahlkampf mißt sich nicht nur an den 10 verlorenen Mandaten, sondern noch mehr an den 2 Millionen Stimmen, die sie beim Halten ihrer Stellungen hätte hinzugewinnen müssen. Es ist schon so, wie das Hitlerblatt sagt: »*Die alten Veteranen der Sozialdemokratie haben noch ihre alte Partei gewählt. Die Jugend ist, wie überall, weggeblieben.*«

Die Niederlage der Sozialdemokratie ist *keine vorübergehende Schlappe, sie ist der Anfang vom Ende*. Denn was die Sozialdemokratie noch gehalten hat, hat sie gehalten vermöge des organisatorischen und politischen Beharrungsvermögens ihres alten Anhangs, nicht vermöge eines aktiven Aufschwungs.

Der Reformismus ist aber dezimiert worden, *nicht durch die Kräfte der Revolution, sondern durch die der Konterrevolution. Das ist der Grundzug der Lage.* Der Zuwachs des Kommunismus bleibt weit hinter dem des Faschismus zurück. Im Kampf gegen den Reformismus hat der Faschismus den Kommunismus weit überflügelt. Der Wahlerfolg der Kommunistischen Partei bleibt nicht nur weit hinter dem des Faschismus zurück, er steht auch *in keinem Verhältnis zu dem, was die objektive Lage ermöglicht hätte*. Bei einer richtigen Politik der Kommunistischen Partei hätte der Kommunismus die Sozialdemokratie aufreiben müssen. Der Faschismus aber hätte überhaupt nicht auf die Beine kommen dürfen. Die Massenarbeitslosigkeit, die Not des Kleinbürgertums, die Agrarkrise, die sozialdemokratische Koalitionspolitik – wenn all das nicht den überwältigenden Aufstieg der Kommunistischen Partei brachte, sondern den des Faschismus, *so müssen grundlegende Fehler der Politik der Kommunistischen Partei die Ursache sein*.

Wenn aber sowohl die Führung der Sozialdemokratie wie der KPD ihre Anhänger über diese Sachlage hinwegzutäuschen versuchen, wobei die Führung der KPD sich ganz am unrechten Platz der sonst so verpönten »Spontaneitätstheorie« hingibt (daß nämlich die faschistische Welle »von selber« zurückfluten werde), so werden die Tatsachen selbst binnen kurzem diesen gedankenlosen und betrügerischen Optimismus Lügen strafen, gerade weil dieser selbstbetriebene Optimismus das Hindernis dafür bildet, dass der Faschismus durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung zurückgeschlagen wird.

Auch ist es ein falscher und fauler Trost, dass die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Das ist auch gar nicht nötig für den Sieg der faschistischen Diktatur. Der Weg des Faschismus wie überhaupt der Konterrevolution zur Macht ist ein anderer, ja entgegengesetzter, wie der der proletarischen Revolution. Wenn es im Programm des Spartakusbundes richtig heißt, dass die Kommunistische Partei nur die Macht ergreifen wird, gestützt auf die bewusste Zustimmung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so ist es umgekehrt beim Faschismus. Sein Weg zur Macht setzt nicht die Bewusstheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewusstheit, die Trübung und Verwirrung ihres Klassenbewusstseins, nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität. Gestützt auf diese Passivität und Verwirrung der Massen, auf Grund ihres Gewährenlassens, kann eine aktive und bewusste konterrevolutionäre Minderheit zur Macht gelangen, und *sie ist nie anders zur Macht gelangt*. Diese Voraussetzungen für den Weg des Faschismus zur Macht sind aber bereits heute in weitem Maße geschaffen, sowohl die Verwirrung der Massen als auch die aktiven und bewußten organisierten Kader des Faschismus.

Weiter besteht der folgende *grundlegende Unterschied* zwischen dem Weg des Faschismus zur Macht und dem des Kommunismus. Der Faschismus kann die bürgerliche Staatsmaschine, so wie sie ist, *erobern, besetzen und für seine Zwecke ausnützen*. Der Kommunismus und die Arbeiterklasse kann dies nicht, er kann sie zwar zersetzen, aber nicht besetzen. Er muss sie *sprengen* und er muss für seine Zwecke *einen neuen proletarischen Staatsapparat* aufbauen: *die Räte*.

Was werden die nächsten Schritte des Faschismus sein?

1. Er wird jetzt planmäßig und brutal den zweiten Teil seiner Aufgabe in Angriff nehmen. Er hat die anderen bürgerlichen Parteien zersprengt oder zersetzt. Er hat angefangen, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Er wird jetzt alle seine Kraft darauf konzentrieren, *die Arbeiterorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, aber auch die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei durch systematischen Terror wie durch andere politische Mittel in Trümmer zu schlagen*. Er wird seine Anstrengungen besonders auf Berlin konzentrieren, wo er noch im Rückstand ist gegenüber dem übrigen Reich.
2. Er wird versuchen, die entscheidenden Teile der bürgerlichen Staatsmaschine, die bewaffnete Staatsmacht in die Hände zu bekommen. Darum fordert er das *Reichswehrministerium*, das *Innenministerium* im Reich und in Preußen, das *Berliner Polizeipräsidium* (Forderung von Goebbels).
3. Er wird unmittelbar in den Betrieben seine Leute unter dem Kommando der Unternehmer einsetzen, um Streiks zu brechen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu terrorisieren und matt zu setzen. Der *systematische faschistische Terror* wird nicht allzulange auf sich warten lassen. Er wird sich stützen auf das gesteigerte Machtbewusstsein seiner Anhänger, auf die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sympathien, auf die wachsende passive oder aktive Unterstützung durch und in den staatlichen Behörden.

Das zusammengehauene liberale Bürgertum ruft jetzt nach der *Großen Koalition*. Die sozialdemokratische Führung hat keinen anderen Gedanken. Ob sie zustande kommt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. *Erstens* davon, wie die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sich dazu stellen. *Zweitens*, ob die *Deutsche Volkspartei* und die *Wirtschaftspartei* mittun. Die Wirtschaftspartei hat sich bereits *dagegen* erklärt. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Scholtz, hat sich zwar gegen eine Koalition mit den Nationalsozialisten ausgesprochen, aber noch nicht positiv für eine Koalition mit der Sozialdemokratie.

Aber es ist heute schon klar, *dass eine neue Große Koalition noch etwas anderes wäre als die letzte.* Brüning erklärt, er bleibe und werde dem neuen Reichstag die Notverordnungen und das weitere Programm des Kapitalsangriffs *fertig ausgearbeitet* vorlegen. Die Sozialdemokratie hätte also in einer neuen Großen Koalition die Notverordnungen und das weitere Programm des Kapitalsangriffs *unbesehen zu schlucken. Sie wäre nur noch das fünfte Rad am Wagen der Regierung der Hindenburg-Diktatur.* So will der

»katholische Staatsmann« nach dem Rezept des Jesuitenpaters Muckermann »vollendete Tatsachen« schaffen. Die *Einberufung des Reichstages* ist unter lächerlichen technischen Vorwänden nach Pilsudskischem Muster bis auf den äußersten gesetzlich zulässigen Termin hinausgeschoben worden, damit man sich gehörig daran gewöhne, dass auch ohne Parlament regiert werden kann. Vielleicht auch benutzt man später noch das Pilsudskische Rezept, um im Parlament Raum zu schaffen, indem man einem Teil der Parlamentarier andere Sitzplätze, in den Gefängnissen, anweist.

Gleichzeitig wird an einem *Rechtsblock* mit Beteiligung der Nationalsozialisten geschmiedet. Zwar hat die »Germania« sich *dagegen* ausgesprochen, aber die Regierung Brüning lässt auch dafür die Wege offen, indem sie ihr Programm allen Parteien vorlegt. Auf der rechten Seite muntert Hugenberg die Nationalsozialisten auf, dass sie jetzt konkret zum Programm des Kapitalsangriffs Stellung nehmen müssen.

Welches auch immer die nächsten konkreten Formen der Regierungsbildung sein mögen, so steht heute schon fest, dass von keiner »Rettung« oder »Gesundung« des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie die Rede ist, sondern dass es sich um *weitere Etappen und Vorbereitungen in der Richtung der faschistischen Diktatur handelt, dass das Tempo dieser Entwicklung durch den Wahlausfall weiter beschleunigt ist, dass das Bürgertum keine Gegenkräfte gegen den Faschismus aufbringt, sondern nur solche Kräfte, die bewusst oder unbewusst, gewollt oder nicht gewollt in dieser Richtung wirken.*

Ob diese Entwicklung weiter geht oder zurückgeschlagen wird, das hängt jetzt ausschließlich ab von der Arbeiterklasse. Und zwar in erster Linie davon, ob der Gedanke der kommunistischen Opposition die Arbeiterklasse zu außerparlamentarischen Massenaktionen gegen Faschismus und Kapitalsangiff in einer Einheitsfront auf Grund eines Programms der dringendsten Tagesforderungen in Verbindung mit konkreter revolutionärer Propaganda zu vereinigen – ob dieser Gedanke sich durchsetzt gegen den ultralinken Kurs und die Blindheit und Unfähigkeit des kommunistischen Parteiapparates wie gegen den blanken Klassenverrat und die kampflose Preisgabe der demokratischen Rechte der Arbeiter durch den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparat.

Die *kommunistische Opposition*, die gezeigt hat, dass sie allein die Klassenkräfte in Deutschland und ihre Entwicklungstendenzen richtig zu beurteilen und der Arbeiterklasse die richtigen Kampfwege zu zeigen verstanden hat, muss sich bewusst sein, dass von ihren weiteren Anstrengungen Entscheidendes für die Arbeiterklasse abhängt. Nicht dass sie es mit ihren eigenen Kräften allein schaffen könnte, aber nur ihre Kraft ist vorhanden, um die Kräfte der Arbeiterklasse auf der Grundlage zu sammeln und in der Richtung zu führen, dass der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution abgelöst wird durch den der proletarischen Revolution, durch den des Kommunismus. (…)

Dass die KPD unter ihrer heutigen Führung und mit ihrem heutigen Kurs diese Kraft nicht ist, das beweist schlagend die Tatsache des riesigen Aufschwungs der faschistischen Konterrevolution. Und der Wahlerfolg der KPD kann heute niemand darüber hinwegtäuschen, dass bei der Fortsetzung dieses Kurses der Sieg der faschistischen Konterrevolution eben so sicher ist wie die Katastrophe, der Zusammenbruch der *Kommunistischen Partei*, damit der Arbeiterbewegung in Deutschland, und damit der Kommunistischen Internationale als einer revolutionären Massenkraft außerhalb der Sowjet-Union.

Diese Perspektive widerspricht so grob wie möglich dem Augenschein und den Einbildungen, denen sich die Führung der KPD und der Kommunistischen Internationale hingibt. Aber sie hat vor diesen ebenso angenehmen wie hohlen Einbildungen den Vorzug voraus, dass sie auf Tatsachen aufgebaut ist und die logischen Folgerungen aus diesen Tatsachen zieht. (…)

Geändert werden kann die Lage nur durch die *Aktion*, die die Massen der Arbeiterklasse in Bewegung setzt, und damit diese Aktion zustande kommt, bedarf es *dreier unerläßlicher Voraussetzungen* – erstens eines *Programms von Tagesforderungen, eines proletarischen Kampf- und Notprogramms*, das den Bedürfnissen und Verständnis der Massen entspricht. Zweitens einer *Gewerkschaftspolitik*, die den Kommunisten ermöglicht, die Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen, und drittens *die grundsätzliche Sicherheit der Kommunisten*, die sie bewahrt sowohl vor spießbürgerlichem Nationalismus als auch vor opportunistischer Passivität und Illusionen.

Die kommunistische Opposition hat die Aufgabe, diese weder in der Kommunistischen Partei noch sonst vorhandenen Voraussetzungen zu schaffen und durchzusetzen. Sie kann und muss das in der Zuversicht tun, dass früher oder später der revolutionäre Gedanke, der dem historischen und dringenden Bedürfnis der Arbeiterbewegung entspricht, sich durchsetzt. *Entweder über den Sieg oder über die Katastrophe der kommunistischen Bewegung in ihrer jetzigen Form hinweg.*

Arbeiterpolitik

Herausgegeben von der KPD (Opposition)
Einzelnummer 10 Pfennig

Ausgabe A — 9. Juli 1932 — 4. Jahrgang Nr. 48

Mordhetze der Nazis!

Aus dem Inhalt:

Clara Zetkin 75 Jahre

Zentralisiert die Abwehr!

Das „Vorwärts"-Verbot

Faschistenterror — proletarische Gegenwehr

Wieder: 12 Tote — über 100 z. T. Schwerverletzte

Polizei gegen antifaschistische Aktion

Terrorjustiz in Leipzig

SA-Demonstration in Berlin

Um die Preußen-Amnestie

KPD-O-Delegierte abgelehnt

Auch in Oesterreich

Die 'Arbeiterpolitik' vom 9. Juli 1932 mit einer Ehrung von Clara Zetkin anlässlich ihres 75. Geburtstages

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?

August Thalheimer, 1932

Dieser Text entstammt der Broschüre »Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?« aus dem Jahr 1932, als der Faschismus schon an der Schwelle zur Macht stand. Im zweiten Kapitel geht Thalheimer auf die Ursachen des faschistischen Aufschwungs ein und beleuchtet die Politik von SPD und KPD

1. Die sozialdemokratische Koalitions- und Tolerierungspolitik seit 1928

Die *Sozialdemokratie* hat in der Weimarer Republik immerfort Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien getrieben. Sei es, dass sie in der Regierung war oder als parlamentarische Opposition wieder in eine neue Regierungs-Koalition zu kommen trachtete. Sie erlitt dabei hin und wieder starke Nackenschläge, aber – sie lebte, als bürgerliche Arbeiterpartei, als die Hauptträgerin der kleinbürgerlichen Demokratie und des kleinbürgerlichen Sozialismus.

Aber von 1928 ab wendet sich das Blatt.

Die Reichstagswahlen von Mai 1928 bezeugten eine starke Linksströmung in den Massen, die sowohl der SPD wie der KPD zugute kam.

Die Sozialdemokratie geht in die Regierung. Sie versprach den Massen Erleichterung ihrer Lasten, erweiterte Sozialpolitik, Abbau der Militärlasten, »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer«. Die Wirtschaftsdepression setzte in Deutschland ein, noch ehe das Weltungewitter von Amerika losbrach. Die Sozialdemokratie wurde zur tätigen Helferin des Abbaus der das Kapital belastenden Steuern, des Abbaus der Sozialpolitik und der Löhne, nach denen das deutsche Kapital brünstig schrie. Sie wurde zur Helferin der militärischen Aufrüstung. Sie gehorchte blind den Befehlen Groeners. Hatte sie nicht Anspruch auf die Dankbarkeit des Kapitals?

Die Brüning-Regierung setzte finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch nur fort, was die Regierung Hermann Müller und Hilferding begonnen hatte.

Indem die Sozialdemokratie mithalf, die Zugeständnisse abzubauen, die die Arbeiterklasse sich vom Kapital erobert hatte, zog sie der parlamentarischen Republik und damit letzten Endes ihrer eigenen Existenz den Boden unter den Füßen weg, nährte sie die faschistische Demagogie, bahnte sie der faschistischen Massenbewegung im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse den Weg. Schon in diesem Stadium bereitete sie die Präsidenten-Diktatur vor.

Welch ein Trumpf war es für Hermann Müller, die Autorität Hindenburgs für die Unterzeichnung des Youngplanes ins Feld zu führen! Der Weg zur Reichspräsidentendiktatur wurde von der Sozialdemokratie gebahnt. Zu dem System der Notverordnungen legte die Regierung Hermann Müller die Grundlage. Im »Kabinett der Persönlichkeiten«, mit dem die Sozialdemokratie paradierte, lag bereits der Anspruch auf die Unabhängigkeit der Regierung von den parlamentarischen Parteien, auf Ausschaltung des Parlaments, die Brüning Tag um Tag fortführte.

Die dankbare Bourgeoisie gab der Regierung Hermann Müller und Hilferding den Laufpass, nachdem sie den Youngplan in die Scheune gebracht und den ökonomischen Angriff auf die Arbeiterklasse *eingeleitet* hatte. (…)

Die Summe der Tolerierungspolitik, die zugleich die Politik des kleineren Übels ist, ist einfach zu ziehen. Der illusionäre Grundgedanke der Tolerierungspolitik war, um jeden Preis den »gemäßigten«, »demokratischen« Flügel der Bourgeoisie zu stützen und ihren »radikalen«, d.h. faschistischen Flügel zu verhindern, an die Macht zu kommen. So sollte die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gerettet werden. Aber der »gemäßigte« Teil der Bourgeoisie war ebenso ungemäßigt wie der »radikale« in seinen Angriffen auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie ging also durch Dick und Dünn mit der Bourgeoisie beim Angriff auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Aber um diese Angriffe durchführen zu können, mussten die demokratischen Rechte der Werktätigen. Schritt für Schritt abgebaut, verstümmelt, zertrümmert, das Parlament ausgeschaltet, die Artikel-48-Diktatur des Reichspräsidenten als Haupt der Militärpartei durchgeführt werden. Hatte die Sozialdemokratie also zuerst die wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen preisgegeben, um ihre demokratischen Rechte zu retten; so war der zweite Schritt die Preisgabe der demokratischen Rechte, um die wirtschaftlichen Angriffsziele des Kapitals durchführen zu können. Der Abbau des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie aber durch die Brüning-Regierung im Bunde mit der Sozialdemokratie, verbunden mit der Preisgabe der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums konnte kein anderes Ergebnis haben, als dem Faschismus den Weg zu bahnen: Der Faschismus ist die *Vollendung* der Verselbständigung der Exekutivgewalt, die *vollständige* Vernichtung der bürgerlichen Demokratie. Indem die Sozialdemokratie die Macht des Reichspräsidenten ungemessen erhöhen half, indem sie die Militärgewalt allmächtig machte, indem sie die parlamentarische Demokratie in die Militärdiktatur verwandelte, schuf sie alle formalen Voraussetzungen, deren der Faschismus bedarf, um seine Diktatur zu errichten. Indem sie die politischen Rechte und die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums dem Angriff der Monopolkapitals preisgab, gab sie gerade das preis, was ihr Wesen ausmachte: die kleinbürgerliche Demokratie und den kleinbürgerlichen Sozialismus. Sie vernichtete so ihre eigene Existenzgrundlage als Partei, trieb das Kleinbürgertum, dem sie weder politisch noch wirtschaftlich mehr etwas zu geben hatte, dem Faschismus zu. Indem sie den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalangriff unterband, ermutigte sie das Kapital dazu, den Angriff immer weiter zu tragen. So bereitete sie den Boden für den Einbruch des Faschismus auch in die Arbeiterklasse selbst. Mochte noch ein generationlang mit der Sozialdemokratie verbundener Teil der Arbeiterklasse, vor allem die Arbeiteraristokratie, aus Tradition bei der sozialdemokratischen Parteifahne festhalten, obwohl von dieser Fahne nichts mehr übrig blieb als zerrissene Fetzen, was sollte die jüngere, nicht traditionsgebundene Generation, was sollte die außerhalb des engen Parteibezirks stehenden Arbeiter anziehen oder festhalten an einer Sozialdemokratie, die

weder die Demokratie noch auch nur kleinbürgerlichen Sozialismus verteidigte, ja, die nicht einmal kämpfte, um die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Werktätigen zu lindern?

Die Wirkung der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik geht aber noch tiefer. Sie untergräbt am Ende die eigentliche Kerntruppe der Sozialdemokratie, die Arbeiteraristokratie, die in staatlichen, kommunalen. sozialpolitischen usw. Posten untergebrachte sozialdemokratische Hierarchie. Je mehr die sozialdemokratische Politik den Faschismus stärkt, um so mehr werden diese Posten bedroht. Um sich halten zu können, passen sich ihre Inhaber mehr und mehr der faschistischen Strömung an. Von der sozialdemokratischen Bekennerschaft geht es zum Schein der Neutralität und von der scheinbaren Neutralität zum Überlaufen. Der Druck des Faschismus auf die Sozialdemokratie von außen setzt sich im Innern um in die Zersetzung an den Spitzen und das Abbröckeln unten.

In dem Maße aber, wie die Sozialdemokratie durch ihre eigene Politik sich als politischer Machtfaktor und als organisatorische Kraft zugrunde richtet, entwertet sie ihre Bundesgenossenschaft für ihre bürgerlichen Verbündeten, treibt sie insbesondere die Militärpartei dem Faschismus in die Arme. Eine reine Militärdiktatur ist in Deutschland auf längere Zeit nicht möglich. *Sie bedarf politischer Massenorganisationen* als *Stützen*. Je starker die konterrevolutionären, faschistischen Massenorganisationen und ihr Anhang werden, um so näher rückt die Verschmelzung zwischen Militärpartei und faschistischer Partei – die Herstellung der entscheidenden Voraussetzungen für den faschistischen Staatsstreich, für die offene und vollendete faschistische Diktatur.

Die Tolerierungspolitik ist Koalitionspolitik im Abstieg: Das Mittragen der Verantwortung ohne unmittelbare Teilnahme an der Regierung, Verantwortung ohne Macht. Sie dient letzten Endes nur noch der Verteidigung der sozialdemokratischen Verwaltungsposten. Aber sie untergräbt schließlich auch noch die Grundlagen der Verwaltungsposten, indem sie die sozialdemokratische Partei untergräbt und schließlich vernichtet.

Auf dem Zuge dieses Zerfalls kommt die Sozialdemokratie gleichzeitig auch vom kleinbürgerlichen Pazifismus zum offenen nationalen Chauvinismus. Aber sie arbeitet damit nur dem offenen und konsequenten Nationalismus, dem Faschismus in die Hände.

Rekapitulieren wir: Die Koalitionsregierung Hermann-Müller-Hilferding leitet den Kapitalangriff, den Abbau des Parlamentarismus und der demokratischen Rechte und die Erhöhung der Macht des Reichspräsidenten ein.

Der Druck des Kapitals von oben, ihrer eigenen Anhänger von unten drängt sie aus der Regierung. Die Koalitionspolitik wird durch die Tolerierungspolitik ersetzt.

Zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie wird ein Bündnis mit dem »gemäßigten« Teil der Bourgeoisie eingegangen, wobei der Sozialdemokratie bereits die Hebel der Regierungsmacht im Reiche aus der Hand geschlagen werden. Um dieses Bündnisses willen gibt die Sozialdemokratie die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums dem Angriff des Monopolkapitals preis.

Um den Kapitalangriff führen zu können, müssen auch die politischen Rechte der Arbeiter und Kleinbürger preisgegeben werden.

Hand in Hand damit wächst der Masseneinfluss des Faschismus, wachsen seine Massenorganisationen und zerbröckeln die Sozialdemokratische Partei und ihre Organisationen.

Die Militärdiktatur, die mit Hilfe der Sozialdemokratie aufgewachsen ist, mißhandelt immer ungenierter den immer mehr sich schwächenden sozialdemokratischen Verbündeten, demütigt ihn auf Schritt und Tritt, sprengt schließlich das Bündnis, verschmilzt mit den konterrevolutionären Massenorganisationen des Faschismus und zertrümmert mit ihnen zusammen die reformistischen Organisationen.

Diese ganze Entwicklung, deren größerer Teil bereits zurückgelegt ist, ist bereits in ihrem Ausgangspunkt angelegt,

Das Arbeiterkind Erwin Berner wächst in Berlin-Neukölln auf, besucht die Volksschule, absolviert eine Lehre als Kürschner und ist danach arbeitslos. Berner wird Mitglied im Kommunistischen Jugendverband (KJVD). Eine Meute der SA rottet sich am Abend des 2. Februar 1933 vor einem SPD-nahen Reichsbannerlokal in der Fuldastraße zusammen, um es zu stürmen. Aus den umliegenden Häusern und Kneipen strömen Arbeiter herbei, um den bedrängten Genossen beizustehen. Der SA-Mann Fritz Krause schießt in die Menge und trifft Erwin Berner tödlich. Der Todesschütze wird identifiziert, festgenommen und nach sechs Wochen amnestiert.

Die Beisetzung von Erwin Berner auf dem Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde im Februar 1933 ist eine der letzten legalen linken Kundgebungen in Berlin. Tausende Antifaschisten – Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose – demonstrieren für die Einheitsfront von SPD und KPD.

Auf dem Foto:
Die Neuköllner Vertreter der Sozialistischen Arbeiterjugend (Eberhard Hesse, links) und des kommunustischen Jugendverbandes (unbekannt, rechts) reichen sich die Hand.

durch ihn bedingt und war aus ihm abzuleiten. So überraschend die Konsequenzen für die reformistischen Illusionäre, deren Absichten eine nach der anderen durch die Dialektik ihres eigenen Handelns in ihr Gegenteil verkehrt wurden, so zwingend ergaben sie sich aus der Voraussetzung, dem Festhalten an dem Bündnis mit der Bourgeoisie in der Epoche des Abbaues der sozialen und demokratischen Errungenschaften.

Der Reformismus, der die Reformen nicht verteidigt, ja sie aufheben hilft, hebt sich auf.

Um die Reformen in der Zeit der tiefsten Erschütterung des Kapitalismus zu verteidigen, muss man über den Kampf um Reformen hinaus und zum revolutionären Angriff übergehen. Man muss sich unmittelbar den Sturz des Kapitalismus zum Ziele setzen. Nur eine bis zu Ende revolutionäre Partei der Arbeiterklasse kann dies tun. Eine reformistische Partei kann dies nicht, eben weil sie reformistisch ist. Unfähig, den notwendigen Schritt vorwärts über den Kampf um Reformen hinaus zu tun, ist sie genötigt, einen Schritt rückwärts zu tun und den Kampf um Reformen aufzugeben. An der ihm durch die wirtschaftlichen Bedingungen und seine Natur gezogenen Grenze angelangt, muss der Reformismus, um sich zu erhalten, sich als Reformismus aufheben. Die reformistische Partei wird zwischen den Mühlsteinen dieses Widerspruchs zermalmt. Das Werk der Vernichtung wird vollzogen durch andere Parteien.

2. Die ultralinke Taktik der KPD

Der Reformismus, als Politik und als Organisation, kann aber nach zwei entgegengesetzten Richtungen aufgehoben werden, in der Richtung der proletarischen Revolution und in der der faschistischen Konterrevolution, *nach vorwärts* oder *nach rückwärts*.

Dass der Reformismus überhaupt sich aufhebt, das ist seine eigene Tat und Schuld, sein verdientes Schicksal.

Dass er aber in der gegebenen Lage nach rückwärts, konterrevolutionär aufgehoben wird, das ist die Tat und Schuld des ultralinken Kurses der Führung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Was war der Ausgangspunkt des ultralinken Kurses, worin bestand er, was war sein Verlauf und seine Folgen?

Der Ausgangspunkt der Wendung zum ultralinken Kurs hatte nichts zu tun mit der Lage und den Erfordernissen des Klassenkampfes in Deutschland oder in den anderen kapitalistischen Ländern, sondern lediglich mit den vermeintlichen Bedürfnissen des Fraktionskampfes in der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union, die zugleich die Führung der Kommunistischen Internationale inne hat.

Nach dem Tode Lenins (1924) setzte der Kampf um die Führung in der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union ein, der zunächst von der Gruppe Stalin-Sinowjew-Bucharin gegen Trotzky und seinen Anhang geführt wurde. Darauf spalteten sich Sinowjew und Kamenjew von der Mehrheitsgruppe ab und bildeten einen Block mit Trotzky. Im Frühjahr 1928 gab es in der Mehrheit eine neue Differenzierung. Der Kampf der engeren Gruppe Stalins gegen die »Rechten«, Rykow-Tomski-Bucharin, bereitete sich vor.

Um internationale Hilfstruppen für diesen Kampf zu gewinnen, schloß die Stalin-Gruppe im Februar 1928 ein Geheimabkommen mit der Führung der KPD (Thälmann-Neumann-Remmele), das den Kampf gegen »Rechte und Versöhnler« auf die Tagesordnung setzte und zum Ausgangspunkt der ultralinken Wendung zunächst in der KPD, sodann in der gesamten Kommunistischen Internationale wurde. Das Abkommen hatte keinerlei allgemein politischen Inhalt, es war zunächst reines Instrument des Fraktionskampfes.

Aber die Logik des innerparteilichen Kampfes führte Schritt für Schritt zum Rückfall in die ultralinke Taktik.

Die grundlegende Wendung nach ultralinks geschah zuerst in der Gewerkschaftsfrage auf dem 4. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale. Worin bestand sie? Die Hauptlosung kommunistischer Gewerkschaftsarbeit, die bereits der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale festlegte und die von Lenin in seiner Schrift über den **Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus** eingehend und nachdrücklich begründet wurde, bestand in der Forderung an die Kommunisten, unbedingt in den *bestehenden* Gewerkschaften, seien sie noch so reaktionär, zu arbeiten, um sie für den Kommunismus zu erobern, d.h. die Mitglieder der Gewerkschaften für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, indem sich die Kommunisten eben vermöge ihres grundsätzlichen Standpunktes als die besten, entschlossensten, erfolgreichsten Führer im gewerkschaftlichen Kampf erweisen. Gestützt auf die eroberten Sympathien, das Vertrauen und die Überzeugung der Mitglieder, galt es, Schritt für Schritt die unteren und mittleren Funktionärskörper in den Gewerkschaften durch Kommunisten zu besetzen, um schließlich, im Laufe des Kampfes um die Macht, in der akuten revolutionären Krise, die reformistischen Gewerkschaftsführer aus dem zentralen Gewerkschaftsapparat zu verdrängen und die Zentralleitungen der Gewerkschaften durch Kommunisten zu besetzen. Das Kampfinstrument zur Beeinflussung der Gewerkschaftskämpfe im kommunistischen Sinne und zur Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus sollten *die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen sein* – die organisatorische Zusammenfassung aller in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten. Diese Methode des kommunistischen Gewerkschaftskampfes schloss in sich die entschiedene und vollständige Ablehnung der von Lenin als »doktrinär« bezeichnete Linie auf Spaltung der Gewerkschaften mit dem Ziel, neue »revolutionäre« Gewerkschaften zu gründen, die von *vorneherein* unter kommunistischer Führung stehen, aber kampfunfähig bleiben und die Kommunisten von den breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter isolieren mussten. Die Linie der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit war nicht ohne Schwankungen und mit schweren Opfern errungen worden. Die Erfahrung erwies ihre Fruchtbarkeit und Richtigkeit.

Sie wurde jetzt zuerst preisgegeben. Man ging von der Vorstellung aus, es sei ja bis dahin doch nicht gelungen, in irgend einem großen kapitalistischen Lande die Gewerkschaften für die kommunistische Führung zu erobern. Man vergaß, dass dieses Endergebnis nur im Laufe des unmittelbaren Machtkampfes zu erreichen ist. Warum nicht einen Versuch mit der entgegengesetzten Methode machen? Die *Einleitung* dazu lieferte der 4. RGI-Kongreß im Frühjahr 1928. Der Kurs auf Spaltung der Gewerkschaften und auf die Gründung »eigener« Gewerkschaften wurde nicht offen ausgegeben. Aber die *Voraussetzungen* wurden geschaffen, die zwangsläufig zu diesem Ergebnis führen mussten. Die Kommunisten in den Gewerkschaften sollten versuchen, *eigene Organe* (Kampfleitungen usw.) zur selbständigen Leitung der Gewerkschaftskämpfe zu schaffen, die versuchen sollten, die Gewerkschaftsmitglieder organisatorisch

außerhalb der Organe der Gewerkschaften gegen sie zusammenzufassen. Die kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der Gewerkschaften sollten sich direkt Unorganisierte angliedern.

Die Konsequenz der Spaltung der Gewerkschaften und der Bildung »revolutionärer Verbände« wurde zunächst entrüstet bestritten. Aber es musste die Wirkung des eingeschlagenen Kurses sein und es war die Wirkung. Die Kommunisten verloren einen Stützpunkt in den Gewerkschaften nach dem andern, sie wurden aus den Gewerkschaften herausgedrängt. Andererseits erwies es sich aber als unmöglich, kampffähige, wirkliche Massen umfassende Parallel- oder Gegengewerkschaften zu schaffen.

So verlor die Kommunistische Partei allen Einfluss, alle Hebel in der wichtigsten proletarischen Massenorganisation, ohne neue wirksamere oder überhaupt wirksame Hebel dafür in die Hand zu bekommen. Sie verlor damit den entscheidenden Hebel für die Führung des wirtschaftlichen Kampfes. *Sie verlor somit den unentbehrlichen Ansatzpunkt für den politischen Massenkampf. Sie überließ den Reformisten die Führung der Gewerkschaften.*

Den einfachen und durchschlagenden Grund, warum die Methoden der »Attacke der Gewerkschaften von außen« scheitern muss, wußte Stalin im Jahre 1925 gut anzugeben, wo er sagte:

»Diese Leute wollen die Gewerkschaften von außen her ›attackieren‹, indem sie sie als feindliches Lager betrachten. Sie begreifen nicht, dass bei einer solchen Politik die Arbeiter sie naturgemäß als Feinde betrachten werden ... Sie begreifen nicht, dass eine solche Politik dem Eindringen der Kommunisten in die Millionenmassen der Arbeiter Abbruch tut, statt es zu erleichtern.«

In Jahre 1929 aber erklärte Stalin:

»Vollkommen denkbar wäre daher eine Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiter zu schaffen entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen ... Es ist durchaus möglich, dass auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.«

Zu »Parallelorganisationen« im wirklichen Sinne des Wortes, d.h. zu einigermaßen den freien Gewerkschaften an Umfang ebenbürtigen Gewerkschaftsorganisationen, hat es nun keineswegs gereicht. Es reichte nur zu einigen unbedeutenden Splitterorganisationen. Aber bereits der Versuch dazu hatte die vorausgesehenen unheilvollen Folgen.

Ein zweites Hauptstück des ultralinken Kurses war die Aufgabe der Taktik der Einheitsfront, d.h. der Versuche, mit den reformistischen Organisationen gemeinsame Tageskämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu führen. Das Wort Einheitsfront wurde beibehalten, die Sache selbst wurde aufgegeben. Damit gab die Partei das entscheidende taktische Mittel aus der Hand, 1. um zusammen mit reformistisch organisierten Arbeitern wirkliche Massenkämpfe zu führen, 2. um diese Arbeiter auf Grund der eigenen Kampfeserfahrungen vom Reformismus loszulösen. Geraume Zeit wurde von den offiziellen Parteiinstanzen selbst die *Aufstellung* von Tageslosungen und die Organisierung des Kampfes für sie als »Opportunismus« verpönt. Zur »Begründung« sowohl der ultralinken Gewerkschaftspolitik wie der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront wurde die Theorie vom »Sozialfaschismus« erfunden, die »Theorie« nämlich, dass die Sozialdemokratie ein *Bestandteil des Faschismus* sei – sein »linker Flügel«. Es blieb nicht nur bei dieser »Theorie«, sie wurde Leitfaden der Massenagitation und der Massenpropaganda. Sie verschärfte die verheerenden Folgen der falschen Gewerkschaftspolitik und der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront. Die reformistischen Arbeiter, die als eine besondere Art von Faschisten angesprochen wurden oder deren Führer als eine besondere Art von Faschisten bezeichnet wurden, verschlossen der kommunistischen Einwirkung das Ohr. Für die kommunistischen Parteiinstanzen, aber auch für viele (unerfahrene) Parteimitglieder war dies gerade der Beweis dafür, dass die taktische Linie der Partei richtig sei.

Der Unterschied zwischen der reformistischen und der faschistischen Methode bürgerlicher Politik mag zu denen gehören, die Lenin als vom nur theoretischen Standpunkt »unwesentlich« bezeichnet (wenn man als theoretisch wesentlich nur den kapitalistischen Klasseninhalt bezeichnet), aber er gehört zu den Unterschieden, deren Verkennung oder Vernachlässigung praktisch und taktisch für die Organisierung des revolutionären Massenkampfes die katastrophalsten Folgen hat.

Das dritte Hauptstück des ultralinken Kurses war die Verkennung des wirklichen Faschismus und die Zugeständnisse an den kleinbürgerlichen Nationalismus, das Kernstück der faschistischen Ideologie. Die Grenzen zwischen Kommunismus und Faschismus wurden verwischt.

Die innerparteilichen Folgen des ultralinken Kurses waren eine neue Spaltung der kommunistischen Bewegung, die Abspaltung der Kommunistischen Opposition, die der Partei ihre erfahrensten und festesten Kampfkader nahm, die Erdrosselung der innerparteilichen Demokratie und damit eines wirklichen geistigen Lebens in der Partei, die Übermacht einer sich jeder Kontrolle durch die Mitglieder entziehenden Parteibürokratie.

Die Wendung zum ultralinken Kurs der KPD und der Kommunistischen Internationale wurde im Februar 1928 eingeleitet und im Laufe dieses und des nächsten Jahres in allen ihren wichtigen Bestandteilen durchgeführt.

1929 begann die Regierung Hermann Müller-Hilferding. Die Wirtschaftskrise in Deutschland setzte ein, um gegen Ende 1929 in die von Amerika aus sich ausbreitende Weltwirtschaftskrise einzumünden. Es begann der Kapitalangriff auf die Arbeiterklasse und der Angriff auf die politischen Rechte der Werktätigen.

Die Liquidation des Reformismus war auf die Tagesordnung gesetzt. Es war, objektiv, ebenso möglich, dass der Reformismus nach vorwärts durch den Kommunismus, als dass er nach rückwärts durch den Faschismus liquidiert wurde.

Entscheidend dafür war, ob die Kommunistische Partei imstande war die Führung der vom Reformismus dem Kapitalangriff und dem Angriff auf ihre politischen Rechte preisgegebenen Arbeiter und Kleinbürger zu übernehmen, diese Masse in die Aktion, in die Massenabwehr und aus der Abwehr zum Gegenangriff zu führen. Die 1928 einsetzende ultralinke Taktik machte dies unmöglich. Der Bankrott des Reformismus schlug zugunsten des Faschismus aus. Die Waagschale senkte sich nach rechts. Noch im Mai 1928 ging die Massenströmung nach links. Ein Jahr später signalisierten die sächsischen Landtagswahlen ihre Umkehr, die Grundtendenz nach rechts.

Die Politik Hermann Müller-Hilferding plus ultralinker Kurs der KPD ergab exakt die Umkehr.

Das sind die entscheidenden Ursachen.

Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich

Aus: Internationaler Klassenkampf, April 1936

Im Februar 1936 gewann in Spanien die Volksfront, ein Bündnis von bürgerlichen und linken Parteien (einschließlich der Kommunistischen Partei) die Wahlen zum Parlament. Auch in Frankreich standen die Zeichen in Richtung Volksfront. Die Kommunistischen Parteien wollten durch eine Koalition mit bürgerlichen Parteien den Vormarsch des Faschismus in Europa stoppen. In beiden Ländern ordneten sich die Kommunistischen Parteien im Rahmen der Volksfrontpolitik den »links«-bürgerlichen Parteien unter. Dies führte schließlich zur Enttäuschung der Arbeiter- und Bauernmassen und trug zur 1939 zur Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg bei.

Der "Internationale Klassenkampf'' wurde herausgegeben von der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) und erschien vierteljährlich in einer deutschsprachigen Ausgabe vom Februar 1936 bis zum Juni 1939.

Der Artikel »Zur Volksfrontpolitik in Spanien und Frankreich« kritisiert das Verhalten der französischen und spanischen KPen. Wir dokumentieren den Abschnitt über die Entwicklung in Spanien.

I. Spanien

Nichts hat seinerzeit so sehr dem ultralinken Kurs in den Reihen der Kommunistischen Internationale das Leben verlängert, die Parteiführungen und einen erheblichen Teil der Mitglieder blind gemacht für die wirklichen Folgen dieses Kurses und für die Wirklichkeit überhaupt als die Scheinerfolge, die mit diesem Kurs in dem Lande erzielt wurden, das bei seiner Anwendung führend war und als internationales Vorbild dafür hingestellt wurde – in Deutschland. Die KPD nahm an Mitgliedern zu, sie erzielte große Stimmengewinne bei den parlamentarischen Wahlen. Was man nicht sah, war, dass infolge der Auswirkung der ultralinken Taktik die Partei fast allen Einfluss und fast alle organisatorischen Stützpunkte in den proletarischen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, verlor und so handlungsunfähig in den 20. Juli 1932 (Absetzung der sozialdemokratischen Regierung in Preußen) und in den 30. Januar 1933 hineinschlitterte.

Eine ähnliche Gefahr bringt der Wahlerfolg mit sich, der in Spanien auf Grund der Volksblocktaktik erzielt worden ist.

Der Volksblock hat gesiegt, er hat eine parlamentarische Mehrheit in den Cortes erzielt, er hat einen Sieg der Rechten verhindert. Also ist die Volksblocktaktik glänzend gerechtfertigt nicht nur in Spanien, sondern international: so wird gefolgert. Spanien ist durch diesen Sieg und die Weiterentwicklung. die daran anschließt, gegenwärtig geradezu zum hervorragendsten internationalen Probierfeld der Volksblocktaktik geworden. Umso notwendiger ist es, sich nicht mit dem oberflächlichen Schein zu begnügen, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen. Das Bild wird dann ganz anders:

Erstaunlich kurze Zeit nach den Oktoberkämpfen 1934 in Katalonien, in Asturien und in anderen Teilen Spaniens erhob sich die Arbeiterklasse zu neuer Aktivität, zu neuem Selbstbewusstsein. Die linksrepublikanische Bourgeoisie, besonders in Katalonien, war durch ihre feige, verräterische Haltung bei den Oktober-Ereignissen in der Arbeiterklasse schwer diskreditiert. Der Abschluss des Volksblocks mit den Linksrepublikanern erlaubte diesen, aus den Mauselöchern, in die sie nach dem Oktober geschlüpft waren, wieder hervorzukriechen, einen Teil des verlorenen Kredits und Einflusses in den Massen zurückzugewinnen, sich künstlich eine Mehrheit von Parlamentssitzen gegenüber den Arbeiterparteien zu sichern, die sie aus eigener Kraft nie erlangt hatten, und ihnen eine Wahlplattform aufzuzwingen, die den ausdrücklichen Verzicht auf die grundlegenden und höchst aktuellen revolutionären Losungen sowie auch auf die elementarsten Reformforderungen der Arbeiterklasse enthielt (Ausdrücklicher Verzicht auf die revolutionäre Losung der Agrarfrage, der entschädigungslosen Übergabe des Großgrundbesitzerlandes an Landarbeiter und Bauern, Verzicht auf die Arbeiterkontrolle der Produktion, auf die Verstaatlichung der Bank von Spanien, sowie auf staatliche Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer).

Was wäre geschehen ohne diesen Block mit diesen Linksrepublikanern? Zweifellos ebenfalls ein Sieg der Linken, ein Sieg aber, bei dem die Arbeiterparteien auch parlamentarisch die Mehrheit in der Linken gehabt hätten, bei dem die bürgerliche Linke in der bedeutungslosen Minderheit geblieben wäre, die ihr zukam, bei dem die Arbeiterparteien nicht gehemmt oder gefesselt worden wären durch ein Volksblockprogramm, das den grundlegenden und nächstliegenden Klassenforderungen der Arbeiter und Bauern mit Rücksicht auf die »linke« Bourgeoisie ins Gesicht schlug. Man braucht sich nur die Frage zu stellen, ob die Arbeiterparteien geringere Wahlerfolge auf dem Lande unter Landarbeitern, Klein- und Mittelbauern erzielt hätten, wenn sie statt der kümmerlichen Agrar-Reformen der bürgerlichen Linken, die die eigentliche Ursache dafür gewesen waren, dass die Rechte auf dem Lande wieder hatte Fuß fassen können, die volle Agrarrevolution auf dem Lande propagiert hätten? Oder ob sie in der Arbeiterklasse geringere Wahlerfolge erzielt hätten mit einer Plattform der staatlichen Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und der Arbeiterkontrolle der Produktion, das heißt praktisch der Wiederingangsetzung der Betriebe und ihrer Leitung durch die Arbeiter und Angestellten?

Die Ereignisse im Anschluss an die Wahlen haben bewiesen:

1) Dass die energische außerparlamentarische Aktion der Massen die wahre vorwärtstreibende Kraft darstellte;
2) dass die Linksrepublikaner nur unter dem Druck der selbständigen Aktion der Massen die Amnestie, die Wiedereinsetzung linker Gemeindeverwaltungen, die Wiedereröffnung der Volkshäuser, die Wiedereinstellung der nach dem Oktober entlassenen Arbeiter und Angestellten, neue Maßregeln der Agrarreform, die Auflösung der faschistischen Verbände zuließen;
3) dass diese bürgerliche Linke nur ein Ziel hat: Die Aktion der Massen lahmzulegen, sie »von der Straße« wegzulocken und die Arbeiterparteien des Volksblocks zu missbrauchen als Hüter der »Ordnung« und als Bremsen für die Massenbewegung;
4) dass das Volksblockprogramm und der Volksblock selbst bereits zu einem Hemmnis der Massenaktion ge-

worden sind; dass sich kein Schritt vorwärts tun lässt ohne den Rahmen dieses Programms und damit den Volksblock zu sprengen. Die Frage steht: Entweder lassen sich die Arbeiterparteien und Organisationen von den Linksrepublikanern missbrauchen zur Fesselung der Aktion der Massen (das ist bereits geschehen durch die Absage der Massendemonstrationen der Bauern, die auf 15. März angesetzt waren, um für die Forderungen der Agrarrevolution zu demonstrieren – geschehen auf Drängen von Azana) oder sie sprengen die Ketten des Volksblocks.

Im Mittelpunkt der Weiterführung der revolutionären Aktion müssen stehen:

1) Die Durchführung der Agrarrevolution (die Bauern haben bereits begonnen, Großgrundbesitzerland zu besetzen und anzubauen – die Regierung Azana schickte ihre bewaffneten Kräfte gegen sie und sucht sie zu überlisten) ;
2) Die Brechung der Sabotage der Unternehmer bei der Wiedereinstellung der Arbeiter und der Wiederingangsetzung der Betriebe dadurch, dass die Arbeiter selbst durch ihre Organe die Betriebe wieder in Gang setzen und ihre Leitung übernehmen. (Arbeiterkontrolle der Produktion).
3) Die Auflösung der Guardia Civil, die Gewinnung der Masse der Armee, der Mannschaften und der Unteroffiziere für die Arbeiterklasse durch die Agrarrevolution (die Armee besteht in der Mehrheit aus Bauern), durch die Propaganda und im geeigneten Augenblick die Schaffung von Soldatenräten, die Besetzung der Offiziersstellen von unten aus den Mannschaften und durch die organisierte Bewaffnung der Arbeiter (Arbeitermilizen oder Arbeiterwehren).
4) Umwandlung der Arbeiter- und Bauernallianzen in wahre umfassende Klassenorgane der Arbeiter und Bauern, die jetzt schon trachten müssen, möglichst viele politische Macht lokal, bezirksweise und zentral in die eigenen Hände zu nehmen und der linksrepublikanischen Regierung zu entreißen (»Doppelregierung«) und nach dem Sieg sich in die Organe der proletarischen Staatsmacht zu verwandeln.
5) Herbeiführung des Bruches mit den Linksrepublikanern, statt dessen Herstellung des Bündnisses mit der Masse der Landarbeiter, der werktätigen Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum vermittels der Arbeiter- und Bauernallianzen und in der weiteren Entwicklung des Kampfes durch vollausgebaute Arbeiter-. Bauern- und Soldatenräte, die diesen revolutionären Klassenkampf bis zum Aufstand führen.

Die »Partido Obrero de Unificacion Marxista«, Kataloniens (Maurin) hat zuerst begriffen, dass die Fesseln des Bündnisses mit den Linksrepublikanern gesprengt werden müssen. Die KP Spaniens hat, nachträglich belehrt durch die Aktion der Massen, bereits verstanden, dass das Volksblockprogramm überholt ist, sie richtete an die Sozialdemokratische Partei ein Schreiben, in dem sie die gemeinsame Weiterführung des Kampfes im großen ganzen in der Richtung der oben angeführten Punkte fordert, – aber sie hält weiter fest an dem Block mit den Linksrepublikanern. Die verhängnisvolle Wirkung der Weiterführung dieses Blockes hat bereits der 15. März bewiesen – die Absage der revolutionären Massendemonstrationen der Bauern auf den Druck und die Versprechungen Azanas hin. Das Schicksal der Weiterführung der Revolution in Spanien über die Grenzen der bürgerlichen Revolution hinaus zur proletarischen oder sozialistischen Revolution, zur Errichtung der Rätemacht (damit zugleich aber auch der Sicherung der vollständigen Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Verteidigung ihrer bisherigen Errungenschaften für die werktätigen Klassen) hängt entscheidend davon ab, dass die Kommunistische Partei rasch den Bruch mit den Linksrepublikanern vollzieht und dadurch befähigt wird, an der Spitze der revolutionären Massenbewegung zu marschieren, ihr die Wege zu weisen, sie organisatorisch zu vereinheitlichen und zu zentralisieren, während die Weiterführung des Blockes bedeuten würde: Hemmung, Zersplitterung, Lahmlegung, Enttäuschung und Entmutigung der revolutionären Massenbewegung, eine Atempause, in der alle Kräfte der Konterrevolution, der Großbourgeoisie, des Großgrundbesitzes, des Klerus, der Offiziere usw. sich wieder sammeln, organisieren und vereinigen können, das heißt letzten Endes Sieg der Konterrevolution.

Es genügt, diese Alternative aufzuzeigen, um die gewaltige internationale Bedeutung der Ereignisse Spaniens im Allgemeinen und der Fortführung oder der Aufgabe der Volksfronttaktik im Besonderen in diesem Lande zu ermessen.

Heinrich Vogeler · »Das Dritte Reich« · 1934